Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30,— Mk. Durch die Post monatl. 30,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 2 Mark | Montag, den 31. Juli 1922 | 2. Jahrgang. Nr. 176

Die Komödie mit Bayern

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 30. Juli.

Jetzt schon ist klar, daß auf eine Antwort der bayrischen Regierung an den Reichspräsidenten am Montag nicht zu rechnen ist. Sie dürfte frühestens Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche erfolgen. Die Bayrische Volkspartei erklärt, die Versicherung des Reichspräsidenten, daß keine Beseitigung der bayrischen Hoheitsrechte beabsichtigt sei, genüge nicht. Es müssen stärkere Garantien geschaffen werden, womit der bayrische Senat beim Staatsgerichtshof und die bayrische Abteilung der Reichskriminalpolizei gemeint sind. Die Reichsregierung ist bereit, sämtliche Forderungen zu erfüllen.

Aus Kreisen der bayrischen Gesandtschaft in Berlin wird einem Mitarbeiter der „Dena" mitgeteilt, daß die Entscheidung in der Krise zwischen Bayern und dem Reich voraussichtlich nicht so schnell fallen werde, wie man scheinbar in Berlin annehme. Graf Lerchenfeld habe den Brief des Reichspräsidenten den Parteien unterbreitet, und vor Mittwoch oder Donnerstag der kommenden Woche sei kaum an ein Ergebnis zu denken. Es sei aber falsch, zu glauben, daß die bayrische Landesregierung auch gegen irgendwelche Garantien ohne weiteres nachgeben würde. Da die Parteien noch beraten, kann über die Haltung der bayrischen Staatsregierung zurzeit nur wenig gesagt werden, aber das eine ist sicher, daß auch der Brief des Reichspräsidenten die bayrische Regierung durchaus nicht davon überzeugt hat, daß sie im Unrecht ist.

•

Siegerruhe in München

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 31. Juli.

Der Sonntag verlief in München völlig ruhig. Allgemein wird die Lage als entspannt behandelt. Man stützt sich dabei auf das gemütvolle Schreiben Eberts. In der Zwischenzeit setzt allerdings die Bayerische Deutschnationale Mittelpartei alle Hebel in Bewegung, um sich auch offiziell an die Regierung heranzuschmuggeln. Die Beratungen werden am Montag wieder aufgenommen.

•

Bayern bekommt alles, was es will. Nach der vollständigen Kapitulation der Regierung ist Orgeschbayern gnädigst bereit, in den nächsten Tagen mit der „Reichsmacht" zu verhandeln. Ludendorff und Genossen in Bayern bekommen ein Gesetz in die Hand, mit dem sie alle Regungen der Arbeiter gewaltsam niederschlagen und die Restauration der Monarchie in aller Ruhe, vom „Gesetz zum Schutze der Republik" vor neugierigen Schnüffeleien behütet, vorbereiten können.

Die Gewerkschaftsbureaukratie, USPD. und SPD. dürfen sich rühmen, durch ihre schmähliche Haltung diese Wendung kräftig gefördert zu haben. Je frecher Bayern auftrumpfte, umso mehr kuschten die sogenannten Vertreter des Proletariats und der Koalitionsrepublik. Diese Politik wird noch mehr bittere Früchte für das Proletariat reifen lassen.

•

Weshalb sie nach Bayern kamen . . .

Aus Dortmund wird uns geschrieben:

Ein Angehöriger der auf dem Ordrufer Truppenübungsplatz zeitweilig stationierter bayerischer Reichswehr, sandte beim Abtransport der Truppen nach Bayern, der bekanntlich auf telegraphischen Befehl der bayerischen Regierung hin stattfand, folgende Karte nach Dortmund:

„Fräulein Minna Gleichenfeld,
Dortmund, Heiliger Weg 35.
Ohrdruf, 18. Juli 1922.

Liebe Minna! Möchte noch, bevor wir hier wegkommen, für Deinen Brief sowie Karte freundlichst danken. Bayern löst sich, wie Du vielleicht schon aus der Zeitung ersehen hast, von Preußen los. Es wird in nächster Zeit hier in Süddeutschland ein K . . . reich entstehen, weshalb sämtliche bayerische Truppen nach Bayern kommen. Wie lange wir dort bleiben, ist unbestimmt. Schreibe mir vorläufig nicht. Es grüßt herzlichst

Dein Champion."

Die Karte ist bezeichnend für den Geist, der in der bayerischen Reichswehr herrscht. Alle Versicherungen der bayerischen Regierung von der „unerschütterlichen Treue zum Reich" sind eine lächerliche Farce.

•

Regimentsfest in Würzburg

(Eigene Drahtmeldung.)

Würzburg, 31. Juli.

In Würzburg findet mit Genehmigung des Ministeriums des Innern die Regimentsfeier des 9. bayerischen Infanterieregiments vom 12. bis 14. August statt. Das Fest ist natürlich genau so „unpolitisch" wie der verbotene hakenkreuzlerische Studententag, der ebenfalls in Würzburg lagte. Die Frechheit der bayerischen staatlich geschützten Reaktion kümmert sich nicht um alle Reichsverbote.

•

Drei sozialdemokratische Zeitungen in Bayern verboten!

(WTB.) Nürnberg, 29. Juli.

Der Staatskommissar für Nürnberg und Fürth verbot die unabhängige Zeitung „Der Sozialdemokrat" für acht Tage wegen der Uebernahme eines Artikels aus der Parteikorrespondenz der Unabhängigen Sozialisten. Das Verbot trifft auch die für Thüringen und Württemberg erscheinenden Zeitungen „Freie Presse" und „Sozialist".

•

Es ist die Ohnmacht der Regierung und die Untätigkeit der Spitzenorganisationen der Arbeiter, die die bayrische Regierung zu diesem frechen Vorgehen ermutigen. Nur durch ein festes Zupacken der Arbeiter kann da Wandel geschaffen werden.

Dollar 629,50!

Der Wert der deutschen Mark betrug am Sonntag in Amerika 0,67 Friedenspfennige. Das entspricht einer Dollarbewertung von 629,50.

Verschärfung des amerikanischen Streiks

Neuyork, 31. Juli.

Die Lage im Eisenbahnerstreik hat gestern eine sensationelle und unerwartete Wendung genommen. Die Gewerkschaftsführer haben die Vermittlungsvorschläge Hardings abgelehnt. Man erwartet, daß die Regierung die Eisenbahnen selbst in die Hand zu nehmen versucht. Auch im Kohlenstreik macht sich eine Verschärfung bemerkbar. Man erwartet in vielen Industrietreisen die größten Schwierigkeiten wegen Kohlenknappheit. Der Kohlenexport ist soeben durch Dekret verboten worden.

An unsere Leser!

Ein Kilo Zeitungsdruckpapier 28 Mark!

Vor wenigen Tagen gaben wir unsern Lesern bekannt, daß wir infolge der neuen enormen Preiserhöhungen für das Zeitungsdruckpapier gezwungen sind, den Abonnementsbetrag von monatlich 30 Mark auf 40 Mark zu erhöhen. Wir wiesen darauf hin, daß diese Erhöhung eintreten müsse, wenn der Preis für ein Kilo Druckpapier von 16 Mark auf 20 Mark steigt, bemerkten aber auch, daß, falls der angedeutete Preis von 25 Mark in Kraft trete, notgedrungen eine weitere Erhöhung des Abonnementspreises folgen müsse.

In letzter Stunde erfahren wir, daß der Papierpreis für den Monat August nunmehr festgesetzt ist und alle Erwartungen dürften dadurch weit übertroffen sein. Auf den bisherigen Papierpreis kommen nicht weniger als 40 Prozent Aufschlag, d. h. ein Kilo Zeitungsdruckpapier kostet ab 1. August 28 Mark (1914: 20 Pf.).

Durch diese plötzliche ungeheure Preissteigerung sind alle Berechnungen eines Zeitungsverlages über den Haufen geworfen und seine Mehrkosten, die er allein tragen muß, steigen ins Unermeßliche.

In letzter Stunde sehen wir uns daher gezwungen, den bereits angekündigten August-Abonnementsbetrag von 40 Mark auf 45 Mark zu erhöhen, um annähernd einen Ausgleich zu erhalten. Dieser Preis deckt aber bei weitem nicht die Mehrkosten, die der Verlag für das Papier dem Lieferanten im Monat August zu zahlen hat und wir bitten unsere Leser, dies ganz besonders zu beachten.

Ferner weisen wir mit Nachdruck darauf hin, daß eine Einschränkung für den „Klassenkampf" nicht in Frage kommt, das Gegenteil ist der Fall. Die Redaktion und der Verlag des „Klassenkampf" erachten es für ihre Pflicht, in dieser Zeit alles daran zu setzen, um in jeder Richtung die aktuellste Berichterstattung zu bieten. Wohl erfordert ein weit verzweigter Nachrichtendienst ungeheure Summen, aber es ist eine Notwendigkeit, zeitigt er doch zugleich seine Früchte in der Erstarkung der Bewegung der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Das alles müssen unsere Leser beachten, und wir sind gewiß, daß sie unsere notgedrungene Abonnementspreiserhöhung verstehen.

Der wöchentliche Preis für den „Klassenkampf" würde nunmehr 11,25 Mark betragen einschl. des Trägerlohnes. Was erhält man jetzt an Ware für die paar Pfennige? Die Tageszeitung ist wahrlich noch die billigste Kost! Das ist eine nicht zu bestreitende Tatsache. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte muß daher Leser eines Organes sein, das seine Interessen vertritt. Für das mitteldeutsche Proletariat kommt nur der „Klassenkampf" in Frage, der die größte und weitverbreiteste politische Tageszeitung Mitteldeutschlands, in bezug auf Inhalt, Aktualität und technische Ausgestaltung mit an der Spitze aller erscheinenden Zeitungen steht.

Gleichzeitig bitten wir unsere Leser, den Trägerinnen die Einkassierung des Abonnementsbetrages zu erleichtern, indem der Betrag von 45 Mark bereitgelegt wird. Unsere Trägerinnen sprechen in diesen Tagen vor.

Verlag Klassenkampf, Halle a. d. S.
Fritz Kroh.

Zwischen Poincaré und Lerchenfeld

Poincaré hat sich wieder energisch gezeigt und das kleine Moratorium, das die deutsche Regierung für die Barzahlungen im Ausgleichsverfahren erbeten hatte, glatt abgelehnt. Es geht mit der Reparationsforderung der Entente ungefähr ebenso, wie mit gewissen langwierigen Prozessen, bei denen die Kosten höher sind als das Streitobjekt. Neben der eigentlichen Reparatonsverpflichtung hat Deutschland noch die märchenhaften Besatzungskosten zu tragen, die z. B. die erste deutsche Goldmilliarde, die im Vorjahre bezahlt wurde, fast restlos fraßen. Ferner gibt es die berühmten Zahlungen im Ausgleichverfahren. Das sind Schuldforderungen privater Ausländer an Deutschland aus der Vorkriegszeit, die bei den jetzigen Valutaverhältnissen ein ganz hübsches Sümmchen ausmachen. Besonders umfangreich sind derartige Forderungen von Elsässern und Lothringern, die jetzt von der französischen Regierung eingetrieben werden. Auf Grund eines Abkommens vom 10. Juni 1921 hatte sich Deutschland verpflichtet, monatlich an die Ausgleichsämter der Entente einen Pauschbetrag von 2 Millionen Pfund Sterling, gleich 40 Millionen Goldmark zu bezahlen. Gegenwärtg sind dies 6 Milliarden Papiermark! Es ist begreiflich, daß der deutschen Regierung trotz redlichen Erfüllungswillens bei diesen Ausgleichszahlungen der Atem ausgeht. Deutschland ersuchte in einer Note an die französische Regierung um Herabsetzung der monatlichen Pauschzahlungen auf ¼ des gegenwärtigen Betrages.

Poincaré überwies die Note zur Erledigung dem Ententeamt für Privatinteressen das für diese Fragen zuständig ist. In diesem Amt führt das große Wort derselbe Herr Alphand, der als Vertreter der französischen Regierung auf der Haager Konferenz unrühmlich bekannt geworden ist. Alphand hat im Sinne Poincarés die schroffe Ablehnung des deutschen Gesuches formuliert. Wenn Deutschland nicht innerhalb von 10 Tagen sich wieder verpflichtet, monatlich die 40 Millionen Goldmark zu zahlen, werden gewisse nicht näher bestimmte Strafmaßregeln angedroht.

Poincaré beabsichtigt mit dieser Note eine kleine Erpressung. Ihr Objekt ist aber nicht so sehr die Wirth-Regierung, als vielmehr England und Amerika. Die englische und die amerikanische Regierung sollen genötigt werden, sich mit der Tilgung ihrer Schuldforderungen an Frankreich und mit der Gewährung der großen Anleihe etwas zu beeilen. Sonst geht Frankreich inzwischen ins Ruhrgebiet. Auf dem Rücken Deutschlands, d. h. des deutschen Proletariats, werden also die Intrigen zwischen dem französischen, englischen und amerikanischen Kapital ausgetragen.

Die Wirth-Regierung sucht ihre Nachgiebigkeit gegen Orgeschbayern mit der schwierigen außenpolitischen Lage zu rechtfertigen. Das ist es Tatsache, daß zurzeit das englische wie das französische Kapital mit der Erfüllungsregierung Wirth viel mehr sympathisiert, als mit dem Bayern der Lerchenfeld und Ludendorff. Das heißt, diese Sympathie führt dazu, daß die bayerische Rebellion von der Entente nicht ermutigt wird, und daß man der bedrängten deutschen Erfüllungsrepublik trostreiche Leitartikel widmet. Aber irgend eine materielle Schonung Deutschlands wird von Herrn Poincaré und dem französischen Kapital nicht beabsichtigt. Die Kalkulationen der Reparationskommission werden ohne Rücksicht auf den Konflikt München-Berlin aufgestellt. Der Fußtritt, den Poincaré mit seiner neuesten Note der Wirthregierung versetzt, zeigt, daß das Kriechen vor Lerchenfeld und Kahr außenpolitisch den bei uns regierenden Männern garnichts nützt. Es ist aber die alte Praxis der deutschen Regierungsparteien und besonders der Sozialdemokratie, ihre eigenen Unzulänglichkeiten stets mit dem Hinweis auf die Entente als „schwarzen Mann" zu bemänteln.

•

Vandervelde als Tintenkuli Poincarés

Was wird die Reparationskommission sagen? — Geheimverhandlungen zwischen deutschen und französischen Kapitalisten

A. N. Herr Vandervelde verteidigt nicht nur die Sozialrevolutionäre, sondern in seinem großen Herzen ist auch Platz für Herrn Poincaré. In seinem Brüsseler Blättchen, dem „Peuple", schrieb Vandervelde kürzlich folgende Betrachtungen zur Reparationsfrage: „Es wäre unerträglich, wenn Frankreich mit seinen 1 600 000 Toten, mit seinen verwüsteten Departements, mit seinen 80 Milliarden, die es bereits für Kriegsschäden bezahlt hat, nun noch Zahlungen an seine reicheren Verbündeten, an England und Amerika leisten sollte, an die Könige des Goldes und die Herren des Meeres. Und zur gleichen Zeit verlangt man von Frankreich, es solle im Interesse des Weltfriedens auf den größten Teil seiner Schuldforderung gegen Deutschland verzichten! Sicherlich kann man zugeben und muß man zugeben, denn die Tatsachen sind Tatsachen, daß Deutschland nicht in der Lage ist, die phantastische Summe zu zahlen, die man von ihm fordert. Aber ist Frankreich mit seinen 300 Milliarden Schulden eher imstande, seine englischen und amerikanischen Gläubiger zu befriedigen?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220731-11/fragment/page=0001

Gegenwärtig ziehen Poincaré und die 2. Internationale durchaus am selben Strang. Die französische Regierung so gut wie die internationalen Reformsozialisten sehen das Heil allein darin, daß Amerika sich gegen seine französischen Schuldner großmütig zeigt, damit so auch der teilweise Schuldenerlaß für Deutschland und die deutsche Auslandsanleihe möglich werden. Die 2. Internationale glaubt, daß die zerrüttete europäische Wirtschaft durch Transaktionen und Schiebungen der amerikanischen mit den europäischen Kapitalisten geheilt werden könne. Vandervelde und seine Freunde denken nicht daran oder wollen nicht daran denken, daß der Zinsendienst für die riesige deutsche Auslandsanleihe, die man anstrebt, aus dem deutschen Proletariat herausgepreßt werden soll. Vandervelde will es den Franzosen nicht zumuten, sofort irgendwelche Zugeständnisse an Deutschland zu machen, solange nicht Amerika seinerseits an Frankreich Zugeständnisse macht. Vandervelde verteidigt also im Namen der 2. Internationale vor aller Welt die Gerechtigkeit der poincaristischen Sanktionspolitik. Und die deutschen Sozialdemokraten haben darauf nichts zu erwidern!

•

Auf der bevorstehenden Londoner Konferenz wird die französische Delegation in dem Sinn operieren, wie Vandervelde es ausgeführt hat. Man wird neben der Reparationsfrage auch über den Orient und über Tanger sprechen. Wegen der Reparationsprobleme wird man zu den englisch-französischen Besprechungen auch die Belgier hinzuziehen. Zu den Orient-Dingen wird man Italien hören und über Tanger wird Spanien seine Meinung sagen müssen. Die diplomatische Rederei und Tintenvergeudung wird also in London wieder kräftig in Gang kommen. Die Reparationskommission hat erklärt, daß sie bis zum 15. August sich zu dem deutschen Moratoriumsgesuch äußern will. An diesem Datum soll die Wirth-Regierung die 50 Millionen Goldmark bezahlen, die sie nicht besitzt. Es ist aber durchaus unwahrscheinlich, daß bis dahin irgendeine grundsätzliche Förderung des Reparationsproblems erfolgt. Denn die entscheidende Stimme haben dabei die amerikanischen Kapitalisten, und diese überlegen sich die Dinge sehr reiflich und haben es gar nicht eilig. Deshalb ist am wahrscheinlichsten, daß die Reparationskommission bis zum 15. August wieder eine provisorische Entscheidung treffen wird. Man wird der deutschen Regierung irgendeinen kurzen Zahlungsaufschub gewähren unter der Voraussetzung, daß die von der deutschen Regierung verlangten „Garantien und Reformen" schleunigst verwirklicht werden. Die Reparationskommission arbeitet, soweit es in ihren Kräften steht, den Entente-Regierungen und amerikanischen Bankiers vor: durch die Finanzkontrolle wird zunächst der Apparat fertiggestellt, der die Auspressung der deutschen Arbeiterschaft bis aufs Blut besorgen soll. Wenn dann die großen Finanzabkommen und Anleiheverträge unterzeichnet sind, wird man den Apparat in Tätigkeit setzen. Und den Dienst am Apparat wird die regierende deutsche Erfüllungskoalition von der USPD. bis zur Deutschen Volkspartei übernehmen. Den deutschen Kapitalisten wird bei der Weiterentwicklung der Reparationsfrage nichts geschehen. Sie decken sich auf jeden Fall durch Sonderverhandlungen mit dem französischen Kapital. Zurzeit schweben bedeutsame Verhandlungen, die eine Interessengemeinschaft zwischen der deutschen und der französischen Farbenindustrie anstreben. Entsprechende Verhandlungen zwischen Stinnes und der französischen Schwerindustrie sind im Gang. — Lieb Vaterland, kannst ruhig sein!

Der Schutz der Republik

Bei Arbeitern wird nach Waffen gesucht, reaktionäre Waffenschiebungen werden begünstigt

(Eigene Drahtmeldung.)

Nordhausen, 29. Juli.

In Nordhausen wurde von einem umfangreichen Schupoaufgebot bei unseren Genossen Moskau und Schröder die ganze Wohnung nach Waffen durchstöbert, Holzställe erbrochen, der Keller mit der Picke aufgehackt und der ganze Garten durchsucht. Gefunden wurde natürlich nichts.

Königsberg, 29. Juli.

(Eigene Drahtmeldung.)

In Münchenwalde in Ostpreußen, Kreis Labiau, benachrichtigten Arbeiter die Behörden von umfangreichen Waffenschiebungen, die nach den Gütern durch Lastautos, Wagen usw. stattfanden. Der Vertreter des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bolck antwortete, ihm seien die geheimen Waffenschiebungen bekannt (!), er habe schon mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand Schulz davon gesprochen. Er schlug nun eine Unterredung vor, die aber erst in fünf Wochen (!) stattfinden könne, da der Regierungspräsident auf Urlaub sei. Die Arbeiterschaft griff aber zur Selbsthilfe und hielt in der Nacht zum Dienstag fünf mit Waffen beladene Fuhrwerke an. Die Insassen, Studenten und Offiziere, erzwangen jedoch die Durchfahrt mit vorgehaltenem Revolver. Ein verspäteter Wagen konnte festgehalten werden. Sein Inhalt bestand aus:

drei neuen 10,5 Zentimeter-Geschützrohren nebst Verschlüssen und Zubehör.

Sie wurden beschlagnahmt.

Jetzt erst (!) entsandte der Polizeipräsident Lübbring am Dienstagnachmittag ein Personenauto mit Kriminalbeamten und einem Vertreter der KPD. nach Münchenwalde.

Die Vorgänge stellen eine so offene Begünstigung der reaktionären Waffenschiebungen durch — „sozialdemokratische" Regierungsbeamte dar, daß ein Zweifel nicht mehr möglich ist.

Wir kommen auf das „amtliche Ergebnis" zurück.

Die bayrische Gefahr für Thüringen

(Eigene Drahtmeldung.)

Weimar, 31. Juli.

Die kommunistische Fraktion des Thüringer Landtages hat an die Thüringer Regierung und an die beiden sozialistischen Fraktionen des Thüringer Landtages folgendes Schreiben gerichtet:

In Bayern sind die Reichsgesetze zum Schutze der Republik auf den heftigsten Widerstand der Landesregierung und der reaktionären Landtagsmehrheit gestoßen. Die bayrische Regierung hat mit ausdrücklichster Billigung des Landtages diese Reichsgesetze außer Kraft gesetzt und entgegengesetzte Verordnungen erlassen. Dies bedeutet die Auflösung der Reichsverfassung für Bayern und den offenen Bruch mit dem Reiche.

Bayern ist in den letzten Jahren der Hort der Reaktion geworden. Es hat die schärfste Unterdrückung der Arbeiterschaft durchgeführt, es hat die Kapp-Verbrecher und die Freischärlerbanden aufgenommen und die steckbrieflich verfolgten Hochverräter Ehrhardt, Bauer, Lüttwitz geschützt, es ist das Zentrum der Mörderverbände, die die politischen Morde der letzten Jahre organisiert und ausgeführt haben. Hohe Regierungsbeamte und ehemalige Minister sind Mitglieder dieser Geheimorganisationen.

Bayern ist das Sammelbecken der Monarchisten. Die bayrische Reichswehr ist durch und durch monarchistisch. Die bayrische Regierung ist die Gefangene der monarchistischen Mörderorganisationen. Der Ministerpräsident v. Lerchenfeld veranstaltet Paraden der Reichswehr vor dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht. Die Ausrufung der Monarchie und völlige Ablösung Bayerns vom Reich ist nur noch eine Frage der Zeit und durch die letzten Ereignisse in bedrohliche Nähe gerückt. Dazu kommt, daß diese Bestrebungen von der nationalistischen Regierung Frankreichs unterstützt werden, um die Reichseinheit zu zerstören.

Bei dieser Sachlage bedeutet der jetzige Bruch Bayerns mit dem Reich eine außerordentliche Verschärfung der reaktionären Gefahr. Sie bedroht nicht nur die Reichseinheit, sondern am schwersten die Lebensinteressen Thüringens.

Thüringen wird bei einer Durchführung der bayrischen Pläne zum Aufmarsch- und Kampfgebiet der Reaktion.

Wenige Tage nach der Ermordung Rathenaus waren sämtliche Pässe des Thüringer Waldes von bayrischer Reichswehr besetzt. Nach den Angaben des Abgeordneten Bleligk (USPD.) im Thüringer Landtag haben diese Formationen ihren Durchzug durch das thüringische Gebiet als ihr zukünftiges Kampfgelände zu einer einzigen groß angelegten Manöverübung ausgestaltet, Straßenschlachten geübt und in Städten Schießübungen abgehalten.

Durch die immer offenkundiger hervortretende Absicht der bayrischen Reaktion ist Thüringen in seiner Existenz aufs schwerste bedroht. Es hat nur ein Bollwerk gegen die drohende Gefahr von Bayern: die Arbeiterschaft. Diese muß daher zur Abwehr der monarchistischen Pläne organisiert werden.

Angesichts der dringenden Gefahr fordern wir die Regierung auf, den Landtag zu einer kurzen Tagung zusammenzurufen, um geeignete Maßnahmen beschließen zu lassen.

Enthüllungen über die Berliner Spitzelabteilung Ia

Beachtenswert ist ein Artikel von Hans Hyan in der „Vossischen Zeitung", der sich mit der politischen Polizei (Abteilung Ia des Polizeipräsidiums) beschäftigt. Er führt aus, was wir immer behauptet haben, aber die Sozialdemokraten nicht wahr haben wollen, daß die Abteilung Ia durchgehend aus waschechten Monarchisten, früheren Militärs, besteht, die die gehässigsten Gegner der Arbeiterschaft sind und der Republik mit offener Feindschaft, bestenfalls gleichgültig gegenüberstehen. Die Aufklärung des Rathenau-Mordes sei nicht der Rührigkeit der Abteilung Ia, sondern einigen glücklichen Zufällen zuzuschreiben. Ueber die Verhaftung Killingers heißt es:

„Es ist dies derselbe Manfred von Killinger, der nach dem Kapp-Putsch, mit sieben anderen Offizieren Berlin verlassend, in die die Straße füllende Menschenmenge hineinschießend Tote und Verwundete hinter sich ließ. Dafür geschah ihm ebenso wenig, wie für seine zweifellose Beteiligung an dem Attentat auf Erzberger. Im Gegenteil, ihm wurden während seiner Haft 300 000 Mark als Belohnung ausgezahlt für seine Mitwirkung bei der Niederkämpfung der mitteldeutschen Unruhen. Der Spender dieser Summe ist, wie von Killinger selbst, trotz aller Ableugnung von der Gegenseite, behauptet, der Staatskommissar Weismann gewesen."

Herr Hyan scheint Bescheid zu wissen. Die Aussage Theodor Liebknechts wird dadurch bestätigt. Ein Beamtendisziplinar-Gesetz ist geschaffen, aber die deutschnationale Mordhelferclique sitzt weiter in der Abteilung Ia. Ja, es besteht Gefahr, daß die Reichskriminalpolizei auch noch in die Hände des berüchtigten Herrn Weismann gelegt wird.

Wann wird endlich Weismann von der Bildfläche verschwinden? Wann werden die deutschnationalen Beamten der Abteilung Ia ihren Abschied erhalten?

Zum Tode von Jules Guesde

In Jules Guesde, der am Freitagvormittag 77jährig in Paris gestorben ist, verkörpert sich ein gut Teil der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung des letzten halben Jahrhunderts, ihrer Vorzüge und ihrer Schwächen. Guesde gehörte zu den Männern der 1. Internationale und hat sich an den Kämpfen der Kommune von 1871 beteiligt. Er wurde dann gegen Ende der Siebziger Jahre ein Hauptgründer der sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs, in der, getreu dem Geist der Kommunekämpfer, der Gedanke des Klassenkampfes im Sinne des Marxismus seine Stätte fand. Die theoretischen Arbeiten der Richtung von Guesde zeigen eine erstaunliche Klarheit der Grundsätze und so scharfe und treffende Formulierungen des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, daß sie auch heute noch lesenswert sind. Aber die französische Arbeiterbewegung hielt sich nicht auf dieser Höhe. Der Geist der 2. Internationale verdrängte seit den Neunziger Jahren auch in Frankreich die Grundsätze der 1. Im Gegensatz zu der Partei von Guesde kam die Richtung von Jaurès, der die reformistische Verständigung mit dem linken Flügel des Bürgertums empfahl. Das Problem des Schutzes der bürgerlichen Republik wird durch die Erlebnisse der französischen Sozialdemokratie in der Jaurès-Zeit hübsch beleuchtet. Die Richtung von Guesde vermochte es nicht, ihre organisatorische und ideologische Unabhängigkeit von dem Reformismus der Auffassung Jaurès zu wahren. Das Jahr 1905 brachte die Verschmelzung der beiden Gruppen des französischen Sozialismus.

Im Alter wurde Guesde den Grundsätzen untreu, die er in seinen früheren Jahren so mannhaft und klar vertreten hatte. Im August 1914 ist er sogar als sozialistischer Minister in die französische Burgfriedensregierung der nationalen Verteidigung eingetreten. Trotzdem wird das internationale Proletariat dem Verstorbenen wegen seines aufrichtigen Idealismus und seiner unermüdlichen Tatkraft für die Sache des Proletariats ein ehrendes Andenken bewahren. Guesde bleibt mit allen Licht- und Schattenseiten seiner langen Entwicklung ein Stück Geschichte der französischen Arbeiterbewegung.

Eine Tagung des Reichskohlenrates

Am Sonnabend trat der Reichskohlenrat zu einer Sitzung zusammen, die vor allem den Fragen der Brennstoffnot und den Reparationskohlenverpflichtungen gewidmet war. In einem einleitenden Referat des Geschäftsführers des Reichskohlenrates wurden die Zahlen für die Kohlenförderung, für den Rückgang und für die Vorräte angegeben. Während bis zum Monat März eine Steigerung der Kohlenförderung in jedem Monat zu verzeichnen war, ist seit dieser Zeit allmonatlich ein Rückgang zu verzeichnen. Dies bezieht sich aber nur auf den Steinkohlenbergbau, während die Förderung der Braunkohle ziemlich gleich geblieben ist.

Die Steinkohlennot wird vermehrt durch die Abtretung eines Teiles von Oberschlesien, wodurch 20 Prozent der Gesamtsteinkohlenförderung verlorengehen. Durch alle diese Umstände ist seit 1913 eine Verschlechterung der Kohlenbilanz um 73 Millionen Tonnen Steinkohle eingetreten, was für die deutsche Zahlungsbilanz einen Verlust von 78 Milliarden Papiermark bedeutet. Besonders große Not herrscht an Koks.

Die Reichseisenbahn, die früher einen Vorrat von 4 Millionen Tonnen besaß, hat jetzt nur 750 000 Tonnen lagern, was für eine Versorgung von 16 Tagen ausreicht. Es ist kein genügender Vorrat an Hausbrand vorhanden, so daß für den Winter eine große Not zu befürchten ist.

Der Kohlennot wurde durch die Einfuhr ausländischer Kohle zu begegnen gesucht. Die Einfuhrziffern, vor allem für englische Kohle, sind in den letzten Monaten unaufhörlich gewachsen; die jetzige englische Einfuhr macht etwa 60 Prozent mehr als die Friedenseinfuhr aus.

Die Reparationskommission hat die Kohlenverpflichtungen nur ganz geringfügig herabgesetzt. So wird für die Durchführung der Ablieferungen etwa ein Drittel der Kokskohlenförderung benötigt. Im Gegensatz zu Deutschland herrscht in allen anderen kohlenerzeugenden Ländern ein großer Ueberfluß an Kohlen, in vielen Ländern sogar eine schwere Absatzkrise.

Der Reichskohlenrat nahm eine Entschließung an, in welcher die Forderungen der Reparationskommission als unannehmbar und unerfüllbar bezeichnet werden und die Reichsregierung ersucht wird, die Forderungen der Reparationskommission abzulehnen.

Von vielen Rednern der Tagung wurde natürlich wieder auf die Notwendigkeit der Ueberschichten als dem einzigen Mittel zur Hebung der Produktion hingewiesen. Demgegenüber konnen erneut die Forderungen und Vorschläge der Betriebsrätekonferenzen aufgestellt werden. Technische Verbesserung, Einführung einer dritten Schicht im Bergbau, sowie auskömmliche Löhne zur Verhinderung der Abwanderung sind die Mittel, durch welche die Kohlenförderung behoben und die Brennstoffnot beseitigt werden kann.

Staatliche Pogromhetze?

Bei Beratung des Amnestiegesetzes im Landtage hat der Sozialdemokrat Heilmann erklärt: Hölz muß als gemeiner Verbrecher von der Amnestie ausgenommen werden. Rechtsanwalt Hegewisch hat in einem längeren Aufsatz im „Klassenkampf" den lückenlosen Nachweis geführt, daß in dem Todesfall des Rittergutsbesitzers Heß, in dem Hölz wegen Totungsdelikts abgeurteilt worden ist, ein glatter Justizmord des Moabiter Sondergerichts vorliegt. Dieses Klassengericht bezeichnete seiner Begründung Vorgänge der Hauptverhandlung verfälscht. Die Verteidiger des Genossen Max Hölz, Justizrat Victor Fraenkel, Berlin, und Rechtsanwalt Ernst Hegewisch, Celle, wollen nun die Wiederaufnahmeverfahren für Hölz im Fall Heß anstrengen. Um Informationen in dieser Angelegenheit zu erhalten, hat Justizrat Fraenkl den Genossen Hölz im Zuchthaus Münster besucht.

Ueber seinen Besuch hat Justizrat Fraenkl den zuständigen Parteistellen, die den Rechtsschutz für die Verteidigung geführt haben, einen ausführlichen Bericht erstattet, dem wir folgende bezeichnenden Tatsachen entnehmen.

„Genosse Max Hölz hat mir dann die Mitteilungen gemacht, die ursprünglich nur ein Abgeordneter von ihm erhalten sollte. Er begannen mit der Schilderung der Mißhandlungen, welche er am Tage nach seiner Einlieferung abends nach 8 Uhr durch die Aufseher Gottschalk, Kutschke, Mühlenkamp und Beckhoff erfahren habe. Diese hätten ihn aus der Zelle herausgerissen, während er nur mit einem Hemd bekleidet gewesen sei, mehrfach am Halse würgt, mit schweren Schlüsseln, mit dem Seitengewehr, mit Fußtritten bearbeitet und nach dem gesondert stehenden Gebäude, in sich die Irrenanstalt befinde, geschleift. Am Eingang habe auch noch ein Aufseher namens Rammesmann auf ihn eingeschlagen. Er sei dann fünf Sandsteinstufen heruntergestoßen und in die sogenannte „feste Zelle" geworfen worden. Unter furchtbaren Schmerzen habe er dort die ganze Nacht nackt stehen müssen, da ihm das Hemd, das schon in Fetzen gehangen habe, vom Körper gerissen worden sei. Die Zelle habe kein Gefäß zur Verrichtung der Notdurft, keine Decke, keinen Fetzen Stoff zur Körperbedeckung enthalten; der Boden sei naß und kalt gewesen. Er habe dort vom Tage verbleiben müssen, und zwar als Strafe dafür, daß er am Abend des 13. Juli revolutionäre Verse von Herwegh, Scheerbart und anderen zitiert habe. Den infolge dieser Behandlung bei dem Genossen Max Hölz eingetretenen Nervenzusammenbruch habe der Direktor der Strafanstalt namens Scheidges dazu benutzt, um ihn einzureden und ihn zu einer durch die Presse zu veröffentlichenden Erklärung zu veranlassen. Darin sollte Hölz sagen, er habe seine Kräfte nur einer Partei geopfert, die von Juden geführt und lediglich jüdischen Zwecken diene. Er sei von Kommunisten Juden mißleitet, vorgeschoben und zu seinen Handlungen angestiftet worden. Dieselben Juden hätten ihn nachher der Polizei verraten, um die ausgesetzte Belohnung zu bekommen. Hölz müsse auch in der Erklärung an exponierten Stellen stehende Genossen mit Namen anführen. Der Anstaltsdirektor habe ihn glauben machen wollen, er könne durch ein solches Bekenntnis seine Lage bessern. Der Direktor würde ihn im Bureau beschäftigen und könnte sich dann für eine Begnadigung nach 8 bis 10 Jahren einsetzen. Hölz habe sich natürlich geweigert, auf ein solches Ansinnen einzugehen und erwidert, er werde hiervon seinen Genossen Mitteilung machen. Darauf habe der Direktor ihm geantwortet: Niemand würde ihm das glauben, er könnte ja doch nichts beweisen, auch solle er sich dann nicht wundern, wenn er mit der Irrenanstalt Bekanntschaft machen würde. Auf die Entgegnung des Genossen Hölz, daß man doch einen Gesunden nicht dorthin schleppen könne, habe der Direktor gesagt, Hölz sei noch sehr naiv und kenne die Bestimmungen nicht; er dürfe sich nicht einbilden, daß er in München den Rückhalt habe, wie in Berlin. Die Bemühungen von Hölz, sich mit seinen Anwälten in Verbindung zu setzen, habe Direktor Scheidges sabotiert, indem er die Briefe nicht abgeschickt habe. Mehrfach habe er zu Hölz geäußert, dessen Anwälte seien Juden, die ihn nur ausnützten und lediglich eigene Vorteile im Auge hätten. Scheidges habe monatelang derartige Einwirkungen auf den Genossen Hölz, besonders die Augenblicke seiner Nervenschmerzen hierzu benutzend, versucht, teils in der Zelle, teils im Amtszimmer. Der Direktor habe ihm vorgehalten, daß nur Scheidges, es mit ihm aufrichtig meine, es würde sich kein Mensch um ihn kümmern, die „Freiheit" habe ihn doch auch als geistig degenerierten Mordbrenner bezeichnet. Unter solchen fortgesetzten seelischen Folterungen habe Hölz, so hat er mir weiter geschildert, schwer gelitten. Die Drohungen mit der Verbringung in die Irrenanstalt hätten bewirkt, daß er sich weder seinen Angehörigen noch seinen Rechtsanwälten anvertraut habe. Kassiber, durch die Hölz die Vorgänge anderen zur Kenntnis habe bringen wollen, seien abgefangen worden. Ergebnislos habe Hölz beim Untersuchungsrichter einen Strafantrag gestellt; auch hierdurch sei er verhindert worden, vor einem Gericht das Verhalten des Anstaltsdirektors zu kennzeichnen. Nach der Stellung des Strafantrags hätte Scheidges seine Drohungen verwirklicht. Hölz sei vor Weihnachten für zwei Tage wieder in die „feste Zelle" gebracht worden und kurze Zeit nachher in die Irrenabteilung. In seiner Hoffnungslosigkeit sei Genosse Hölz im Januar in den Hungerstreik getreten, er habe acht Tage gehungert. Seine Briefe an Angehörige, an die Partei und an die Anwälte seien nicht befördert worden. Im Februar hätte man den Genossen Hölz in eine Krankenzelle gebracht, vor deren vier Fenstern drei nach der Sonnenseite gelegene Fenster zugemauert worden seien.

Der Anstaltsarzt sei, das wolle Genosse Hölz nicht verkennen, in letzter Zeit bemüht, die Schmerzen zu lindern. Eine wirkliche Besserung jedoch sei nicht eingetreten. Nerven- und rheumatische Schmerzen träten sehr heftig auf, und seelisch leide Genosse Hölz sehr unter den verschiedensten Ausnahmemaßnahmen, die gegen ihn angewendet würden, wie Zurückhaltung von Briefen, die er schreibt, Nichtaushändigung von Sendungen an ihn, Verdunklung der Zelle und Absperrung von Luft, was eintrete, sobald Hölz durch lautes Rezitieren gegen die von ihm als Vergewaltigung empfundenen Maßregeln protestiere.

Victor Fraenkl, Justizrat."

Die Arbeiterschaft hat ein Recht, zu fragen: Werden die Vorgesetzten im Ministerium sofort eine unparteiische Untersuchung einleiten? Was wird, wenn sich diese Anschuldigungen als wahr erweisen? Wird ein Beamter, der sein Amt im Interesse der antisemitischen und arbeiterfeindlichen Reaktion zu politischer Bevorzugung mißbraucht, aus dem Strafvollzug entfernt werden?

Wir verlangen die sofortige Freilassung des Genossen Hölz, damit die Möglichkeit, derartige schamlose Erpressungsversuche gegen ihn im reaktionären deutsch-völkischen Interesse vorzunehmen, ein für allemal beseitigt wird.

Arbeiter-Aktionsausschüsse in Irland

DA. Dublin, 29. Juli.

In Munster hat sich ein Arbeitersowjet gebildet, der sich als „Allgemeiner Aktionsrat, Munster" bezeichnet. Mit seinem Gebiß haben landwirtschaftliche Arbeiter im Westen und Süden Irlands zahlreiche, den großen landwirtschaftlichen Gesellschaften gehörige Milchfarmen besetzt und die rote Fahne gehißt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220731-11/fragment/page=0002

Der Moskauer SR.-Prozeß

Von Eyduck

Genosse Eyduck, der Vertreter der Sowjetregierung bei sämtlichen Hungerhilfsorganisationen, der gegenwärtig in Berlin weilt, übergibt der Internationalen Pressekorrespondenz die folgenden Ausführungen zur Veröffentlichung. Die Redaktion.

Wie ich sehe, interessiert man sich hier in Berlin für unseren Prozeß gegen die „Sozialisten-Revolutionäre" nicht weniger als in Moskau. Es ist selbstverständlich, daß der Moskauer **Prozeß** in der ganzen Welt einen Widerhall findet, ist **er doch ein historischer Prozeß. Ich mußte mich aber sehr wundern, in wie nachlässiger Weise sich vielfach die Berliner zu der Angelegenheit verhalten.** Sie nehmen ein kleines Stückchen geschichtlicher Wahrheit und machen aus ihm, wie es ihnen ihre Phantasie und geistige Veranlagung gestattet, übelriechende Anekdoten.

Wenn man die hiesigen Informationen über den Prozeß liest so wird man vor allem fragen müssen: Wem zuliebe sind alle diese Lügen notwendig? Wem will man sie vorlegen und wer braucht diesen augenfälligen Unsinn? Es sind selbstverständlich Leute, in deren Interesse es liegt, das Publikum zu täuschen. Die Frage ist nur die, weshalb sie es nicht einsehen, daß man bei diesem unsauberen Gewerbe etwas mehr Feinheit, mehr Talent anwenden muß.

Ich wohnte einigemale den Prozeßverhandlungen bei und verfolgte immer mit größter Aufmerksamkeit die Zeitungsberichte; daher kann ich jetzt behaupten, daß die antibolschewistische Hetze hier in Berlin viel ungeschickter geführt wird wie beispielsweise in Hamburg.

Die Sowjetregierung läßt den SR.-Prozeß in der größten Oeffentlichkeit vonstatten gehen. Sogar bis zur Operettengastrolle der bekannten Herren aus der Internationale 2 und 2½. Den Angeklagten steht das Selbstverteidigungsrecht in einem solchen Grade zu wie man es sich vor keinem anderen Gericht der Welt denkn kann. Ihre fortwährenden Deklarationen, ihre Reden, die immer auf Adams Zeiten zurückgreifen, werden vom Tribunal mit einer bewundernswerten Geduld angehört. Die Verteidiger der Angeklagten haben zwei Wochen hindurch alle Rekorde der prozeßualen Rechtsverdrehung geschlagen. Was blieb da noch zu wünschen übrig? Sämtliche Bedingungen zur Aufklärung der gerichtlichen Wahrheit waren vorhanden.

Nun aber, als sich diese Wahrheit wirklich aufzuklären begann, da entstand eine ungeheure Verwirrung sowohl in den Reihen der Angeklagten, wie in den Reihen ihrer Gesinnungsgenossen. Es ist leicht, Skandale zu veranstalten und die juristischen Hysteriker loszulassen, schwer aber ist es, Tatsachen zu widerlegen.

Und die Tatsachen, die unversöhnlichen hartnäckigen Tatsachen, haben sich im wörtlichen Sinne der ganzen Verhandlung bemächtigt. Die Tatsachen bewiesen, daß die Herren SR. sich weder auf Arbeiter noch auf Bauern stützen können, und daß die schwarzen Kräfte es ausschließlich auf eigene Faust versuchten, die Macht den Händen der Regierung der Arbeiter und Bauern zu entreißen. Und in dieser blinden Wut machten sie nicht einmal vor den schwersten Verbrechen gegen das Volk halt: vor der Ermordung einzelner Personen, vor der Aufopferung einiger bewußt irregeführter Gruppen, vor der Zerstörung des Volkseigentums, vor der Erweckung der niedrigsten menschlichen Leidenschaften, vor dem Handel mit der nationalen Ehre und dem nationalen Gewissen, vor dem Treubruch und brudermörderischen Verrat.

Es ist sehr schwer, die Tatsachen zu widerlegen, und letzten Endes mußten auch die Angeklagten selbst ihre „revolutionären" Verfündigungen eingestehen. Der Ruhm aber verpflichtet. Jeder Angeklagte ist natürlich zur Selbstverteidigung geneigt. Und die einzigen Mittel der Selbstverteidigung, die noch den Herren Goz & Co. zur Verfügung stehen, sind die Skandale und die Hoffnung, daß diese Skandale durch „ihre Leute" und an „ihren Orten" gehörig aufgebauscht werden. Nur der Wunsch, einen Weltskandal zu veranstalten, kann der Beweggrund des Rücktrittes der ausländischen, wie auch der russischen Verteidiger gewesen sein.

Es wird ihnen natürlich nicht gelingen, die Rolle der unschuldigen Jünglinge zu spielen die in die Höhle der blutdürstigen bolschewistischen Löwen gerieten, um so weniger, da der Prozeß vor einer zu großen Oeffentlichkeit verhandelt wurde, vor den Augen aller Werktätigen Rußlands. Und daß diese Augen den Verlauf des Prozesses sehr genau verfolgen, darüber kann die Demonstration vom 20. Juni keinen Zweifel lassen, als etwa 500 000 Moskauer Arbeiter ihrem vollen Verständnis dem ganzen Prozeß gegenüber Ausdruck gaben.

Und was immer ihre ausländischen Anhänger schreiben, wieviel „Stimmen aus dem Auslande" sie auch kaufen mögen — die Wahrheit des Moskauer Prozesses wird auch zu den Arbeitern außerhalb Moskaus dringen.

Vor dem Schluß des SR.-Prozesses

Einem Moskauer Telegramm des Ost-Expreß zufolge ist der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in das letzte Stadium eingetreten, in dem nach dem langen Verhör der zahlreichen Zeugen und Angeklagten, welches ein erdrückendes Belastungsmaterial gegen die SR.-Partei zutage förderte, nunmehr die Vertreter der Staatsanklage das Wort haben. Genosse **Lunatscharski** führte in seiner Anklagerede aus, das proletarische Gericht **sei ein Organ der Arbeitermacht,** welches gegen die **Konterrevolution kämpft.** Es war notwendig, alle Phasen der Tätigkeit der **Sozialrevolutionäre** im Laufe dieses Prozesses zu beleuchten, damit das internationale Proletariat und auch noch unaufgeklärte Arbeiter sehen, wer die Sozialrevolutionäre eigentlich sind. Der Prozeß hat bewiesen, daß die Sozialrevolutionäre ihre **feindliche Stellung** gegen die russische Revolution auch heute noch **nicht aufgegeben** haben. Sie würden auch heute jede Schwierigkeit der Sowjetmacht im Interesse der Bourgeoisie ausnutzen, da sie tief in der bürgerlichen Ideologie wurzeln. Deshalb hat sich die **Partei** in den Augen der Arbeiter **selbst gerichtet** und ist **politisch tot.** Die Aufgabe der Sowjetmacht war es, diesen **politischen Tod** auch durch diesen Prozeß zu beschleunigen.

Ausland

Die italienischen Minister-Sozialisten

Rom, 29. Juli.

Die Sozialisten haben sich bereit erklärt, an der Neubildung des Ministeriums teilzunehmen. Damit ist eine neue Grundlage für die Lösung der Krise gegeben. Demgemäß hat der König heute vormittag die Verhandlungen mit den Präsidenten der Kammer und des Senats, de Nicola und Tittoni, wieder aufgenommen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß auch sozialistische Mitglieder des Parlaments vom König zur Besprechung der Lage berufen werden würden.

Während in allen Städten Italiens Arbeiterblut fließt und die Faszisten einen planmäßigen Feldzug gegen die Arbeiterklasse organisieren, gehen die italienischen Sozialdemokraten darau, statt der Einheitsfront des Proletariats die Koalitionsfront mit der Bourgeoisie aufzurichten.

Griechenland und Konstantinopel

Konstantinopel, 31. Juli.

Die Landungen griechischer Truppen in Rodosto dauern fort. Es ist bereits zu Kämpfen mit den Türken gekommen. Die griechische Regierung beabsichtigt dem Mustafa Kemal Pascha ein Ultimatum zu stellen, in dem die Besetzung Konstantinopels angedroht wird, falls sich Angora nicht der Entente unterwirft.

Gewerkschaftsbewegung

Der Chemnitzer Bauarbeiterstreik beendet

Nach siebenwöchigem zähen Ausharren haben die Chemnitzer Bauarbeiter beschlossen, den Kampf unter folgenden Bedingungen abzubrechen:

1. Auf die in Dresden festgesetzten Tariflöhne wird für Chemnitz für gelernte Arbeiter eine Ortszulage von 1,50 Mk. pro Stunde gewährt. Der Lohn für ungelernte Arbeiter ist 1 Mk. niedriger als der der gelernten Arbeiter, d. h. also, die ungelernten erhalten 2 Mk. über den Tariflohn.
2. Ferien erhalten Arbeiter, die 40 Wochen im Baugewerbe beschäftigt sind — 4 Tage, die 30 Wochen — 3 Tage und die 20 Wochen bis 1. Oktober 1922 im Baugewerbe tätig sind — 2 Tage. Bis 15. Oktober müssen alle Bauarbeiter ihre Ferien erhalten haben.
3. verpflichten sich die Bauunternehmer, die im Juli-Abkommen vereinbarten 4 Mk., soweit sie noch nicht zur Auszahlung gelangten, vom 1. Juli an nachzuzahlen.
4. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt.
5. Das Abkommen läuft bis 31. März 1923.

Der Ausgang des Kampfes der Chemnitzer Bauarbeiter ist ein Sieg der Klassenkampftaktik. Die Chemnitzer Bauarbeiter haben sich von keinen anderen Interessen als von den Interessen der Arbeiterklasse bei der Führung ihres Kampfes leiten lassen und so mußte das Unternehmertum klein beigeben. Vergebens haben die Unternehmer darauf spekuliert, daß die Chemnitzer Bauarbeiter durch finanzielle Schwierigkeiten gezwungen werden, zu Kreuze zu kriechen. Dank der vorbildlichen Opferwilligkeit der in Arbeit stehenden Chemnitzer Kollegen und der Kollegen des ganzen Reiches war es dem Chemnitzer Verein möglich, eine verhältnismäßig hohe Streikunterstützung zu zahlen. Wirden doch als niedrigste Wochenstreikunterstützung 400 Mk. und als höchste 750 Mk. ausbezahlt. Die Sammlungen, die im ganzen Reiche von den klassenbewußten Bauarbeitern vorgenommen wurden, ermöglichten es dem Chemnitzer Verein, die Streikunterstützung während der Dauer des Streiks entsprechend dem sinkenden Geldwert laufend zu erhöhen. Die Unternehmer mußten einsehen, daß ihre Rechnung falsch war, und es blieb ihnen nichts weiter übrig, als sich mit den Chemnitzer Bauarbeitern auf einer annehmbaren Grundlage zu verständigen.

Der Erfolg wäre zweifellos für die Bauarbeiter noch größer gewesen, wenn nicht die Mitglieder des Paeplow-Verbandes entsprechend den Anweisungen ihrer Organisation, der Durchführung des Streiks sehr hinderlich waren. In Limbach, wo der Paeplow-Verband keine Mitglieder hat, kam die Stoßkraft der Bauarbeiter ungeschmächt zur Geltung. Das hatte zur Folge, daß dort erheblich mehr erreicht worden ist. Folgende Vereinbarungen wurden in Limbach abgeschlossen:

1. Auf die jeweiligen tariflichen Arbeiterlöhne wird den Maurern und Zimmerern ein Stundenlohn von 3,50 Mk. zugezahlt, den Hilfsarbeitern werden 4 Mk. gewährt.
2. Arbeitnehmer, die 40 Wochen im Baugewerbe tätig sind, erhalten 6 Tage Ferien und die am 1. Oktober im Baugewerbe Beschäftigten erhalten 3 Tage Ferien.
4. Maßregelungen beiderseits dürfen nicht vorgenommen werden.

Die Bauarbeiter des ganzen Reiches, die durch ihre Opferwilligkeit wesentlich zu diesem günstigen Ausgang des Kampfes beitrugen, haben aus diesem Streik die Lehre zu ziehen, daß es bei einer rücksichtslosen Verfechtung der Arbeiterinteressen und bei der entsprechenden Solidarität der gesamten Arbeiterschaft möglich ist, dem Unternehmertum im ganzen Reiche viel größere Zugeständnisse abzutrotzen.

Die Landarbeiter erneut in Streik getreten

Nachdem die Landarbeiter des Kreises Stormarn (Schleswig-Holstein) den Machtdünkel der Arbeitgeber gebrochen und viele derselben sich unterschriftlich verpflichtet hatten, 100 Prozent Lohnaufschlag zu bezahlen bis zur endgültigen Entscheidung, die am 18. Juli durch Schiedsspruch in Kiel erfolgte, sahen sich die dortigen Landarbeiter gezwungen, erneut in den Kampf zu treten. Der Schiedsspruch sieht vor für Deputatarbeiter 4,20 Mk., ständige Freiarbeiter 18 Mk., unständige Freiarbeiter 18,50 Mk., für Frauen 4,20 Mk., Melkfrauen 16 Mk., Wochenlöhner 3,25 bis 3,95 Mark und Gutshandwerker 6 Mk. Stundenlohn. Der DLV.-Gauleiter hat in Kiel im voraus erklärt, daß er den Schiedsspruch annehme. Die Landarbeiter, denen obige Löhne nicht das Notwendigste zum Leben geben, beschlossen jedoch, erneut in den Streik zu treten. Der DLV.-Gauleiter Hermann erklärt den Streik wieder als „wilden". Der Streik greift trotzdem weiter um sich und ist auf den Kreis Segeberg übergesprungen. Mit Unterstützung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft werden die Landarbeiter in Schleswig-Holstein auch diesmal wieder den Kampf geschlossen durchführen und die Arbeitgeber auf die Knie zwingen.

Landarbeiterstreik in Schlesien

Landarbeiter fordern Absetzung des Regierungspräsidenten.

In Ardelsdorf im Kreise Haynau ist die gesamte Arbeiterschaft auf den Gütern der Gräfin v. Pfeil am Montag dem 24. Juli, in den Streik getreten. Die Ursachen sind Lohndifferenzen, weil die Landarbeiter mit dem vom DLV. abgeschlossenen Tarif nicht einverstanden sind. Ferner fordern die Landarbeiter die Absetzung des Regierungspräsidenten, weil er den berechtigten Forderungen und Wünschen der Landarbeiter keine Rechnung trug.

Vom Tage

Millionen-Schubschieber-Affäre. Die Kriminalpolizei verhaftete in Frankfurt (Main) auf Ersuchen auswärtiger Behörden den geflüchteten Speditionsgeschäftsführer Ernst Diehl aus Pirmasens. Er hat im Verein mit einem Zollbeamten in Pirmasens mittels gefälschter Ausfuhrscheine von Pirmasens Schuhwaren im Werte von vielen Millionen Mark nach dem Auslande verschoben. In die Affäre sind viele Schuhwarenhändler Westdeutschlands, namentlich aus Köln und Aachen, verwickelt. Die Untersuchung schwebt.

Neue Preiserhöhungen. Die Vereinigung der Solinger Stahlwarenfabriken setzt die Aufschläge auf die Grundpreise auf 600 Prozent für August heraus. Die Rheinisch-westfälische Bleihändlervereinigung hat die Preise für Bleifabrikate um 900 auf 8500 für den Zentner erhöht. Der Türschloßverband erhöhte die Preise auf 3400 bzw. 3200 Prozent.

Schmugglerverfolgung. Die „Montagspost" erfährt aus Brüssel: Die gesamte Presse berichtet über einen schweren Grenzzwischenfall. Zwei Schmuggler, die von deutschen Beamten verfolgt wurden, überschritten die Mosel und verschwanden nach Luxemburg. Deutsche Zollbeamte schossen von der deutschen Seite aus nach den Flüchtigen und töteten einen Luxemburgischen Bauer. Der Zwischenfall soll in der dortigen Gegend lebhafte Beunruhigung hervorgerufen haben.

Aus der Provinz

Gersdorff verabschiedet sich

Bei seinem Abschied hielt Gersdorff an seine Beamten natürlich eine Rede. Und was hat er geredet:

Wenn er jetzt zur vorläufigen Disposition gestellt worden sei, so wollte er sich nicht darüber beklagen. Er hat nach bestem Wissen und Können und zur steten Zufriedenheit seiner vorgesetzten Behörden gearbeitet. Oberpräsident Hörsing und Minister Severing hatten ihm das ausdrücklich bestätigt. Seine Aufgaben zu lösen hätte er nur unternehmen können mit Hilfe zuverlässiger und pflichttreuer Arbeit seiner Beamten und Mitarbeiter. Er hoffe, daß auch weiterhin nicht nur ein gutes amtliches Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern bestehen bleibe. Er seinerseits habe in vielen Fällen auch für freundschaftliche Beziehungen dankbar zu sein. **Seine Wohnung werde er vorläufig weiter in Merseburg behalten, nach Krälten könne bei ihm ein jeder seiner Mitarbeiter Rat und Hilfe in persönlichen Verhältnissen finden.**

Sicher hat Gersdorff in den Märztagen 1921 den Dank der Severing und Hörsing verdient. Er bleibt in Merseburg wohnen und will mit Rat und Tat seinen alten bewährten, monarchistischen Beamten zur Seite stehen. Er hält sich also bereit. Er wird seinen Beamten zeigen, wie sie am besten die Anordnungen des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten sabotieren können. Herr Bergezumisten haben. Hoffentlich redet er nicht soviel, sondern greift derb zu.

So sieht die Reinigung aus

Der Regierungshauptkassenkassierer, Rechnungsrat Fröbe, ist als Oberbuchhalter zur Regierung nach Gumbinnen versetzt worden.

Und der Oberbuchhalter von Gumbinnen wird wo anders hin versetzt, vielleicht gar nach Merseburg, und das ganze nennt man dann: Durchführung des Berliner Abkommens, Reinigung der Verwaltung von reaktionären Beamten.

Wie das Schutzgesetz angewendet wird

Das Flugblatt der KPD., „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit dem Bürgertum" ist auf Grund des Schutzgesetzes vom Ersten Bürgermeister Dr. Berger in Staßfurt verboten worden. Weil im Flugblatt steht, das Proletariat muß kämpfen, glaubt dieser edle Staatsretter, die Arbeiter müssen den Schießprügel in die Hand nehmen.

Kommunistische Flugblätter, kommunistische und unabhängige Zeitungen werden verboten, sozialdemokratische Redakteure unter Anklage gestellt. So sieht das Schutzgesetz, dem SPD. und USPD. zugestimmt haben, aus.

Kartoffeln in Hülle und Fülle, aber Arbeiter können keine kaufen

Jede Hausfrau klagt heute über die unverschämt hohen Preise für neue Kartoffeln, alte Kartoffeln sind beinahe ungenießbar und ist somit jede Arbeiterfrau gezwungen, die teuren Wucherpreise zu zahlen und den Konsum dem knappen Geldbeutel anzupassen. Daß genügend Kartoffeln vorhanden sind, beweist, daß jeden Tag über 1000 Zentner Kartoffeln auf dem Sudenburger Bahnhof nach außerhalb verladen werden, um über Borsum nach dem besetzten Gebiete und von dort nach dem Ausland verschoben zu werden. Die Bahnpolizei ist verständigt, ist aber machtlos, da wir ja „freie" Wirtschaft zur Aushungerung der Arbeiterschaft haben. Jetzt können sich die Arbeiter und besonders die Frauen bei der SPD. für den Kartoffelwucher bedanken. Ist es doch gerade diese Partei gewesen, die äußerst intensiv für die Aufhebung der Zwangswirtschaft eingetreten ist. Jetzt sieht jeder die Früchte davon handgreiflich.

Delitzsch

Mitgliederversammlung der KPD. In der letzten Mitgliederversammlung fand eine sehr ergiebige Aussprache über die Gewerkschaftsfrage statt; vor allem wurde das Verhältnis zur Union klargelegt. Genosse Voigt gab den Bericht über den Kassenstand. Zur kommenden Genossenschaftskonferenz nach Weißenfels wird der Gen. Knopf delegiert. Zur Stadtratswahl soll der kommunistische Wahlvorschlag Voigt—Habermann lauten. Der KJ. wurden zwei Vertreter mit Stimmrecht in allen Versammlungen der Partei anerkannt; der Partei ebenfalls zwei Vertreter in allen Veranstaltungen der Jugend. Die Jugend stellt der Partei ihre Bibliothek mit zur Benutzung frei.

Gollma

Steine statt Brot. Am Sonntag findet die Enthüllung eines Gedenksteins für die Gefallenen der Kirchfahrt Gollma statt. Da werden nun alle verbotenen Organisationen unter neuen Namen aufmarschieren und sich im Nationalismus überschlagen, den Kriegsbeschädigten und Witwen aber wird die Rente gekürzt, für die lebenden Opfer des Krieges ist kein Geld übrig.

Wolfen

Ein sauberer Bauunternehmer. Die letzte Belegschaftsversammlung der Firma des Bauunternehmers Bickel beschäftigte sich mit dem willkürlichen Vorgehen und mit den Beschimpfungen durch ihren Ausbeuter. Durch das geschlossene Zusammenstehen der Belegschaft wurde der Unternehmer gezwungen, seine ausgesprochenen Beleidigungen wie „Faulenzer" u. dgl. mehr öffentlich zurückzunehmen. Des weiteren erklärte er sich bereit, noch sonstige soziale Mißstände zu beseitigen (Eisenbahnfahrt, Bezahlung der Versammlung usw.). Betr. der Prämienzahlung wurde gefordert und auch zugesagt, daß entweder alle Arbeiter oder keiner dieselbe erhält. Hierauf nahm die Belegschaft sofort die Arbeit wieder auf. Unmittelbar danach verlangte ein Klassengenosse seine Entlassungspapiere. Bei dieser Gelegenheit mußte er sich von diesem höchst sonderbaren Unternehmer körperliche Züchtigungen gefallen lassen. Als roher, brutaler Mensch ist dieser „Herr" zur Genüge bekannt, denn nicht einmal ein preußischer Gendarm wagt es, ohne Gefahr zu laufen, herausgeworfen zu werden, sein Haus zu betreten. Durch diese Mißhandlungen im höchsten Grade erregt, kam der Genosse abermals zurück auf die Baustelle, zu gleicher Zeit erschien auch der bekannte „Schläger". Unser gemißhandelter Genosse ergriff darauf ein paar Ziegelsteine und ging auf diesen schlagfertigen Menschen los. Zweifellos wäre es zu einem Blutvergießen gekommen, wäre nicht ein anderer Genosse, die Situation überschauend, dazwischen gesprungen. (Der Unternehmer hatte bereits seinen Revolver gezogen.) Dadurch wurde das Schlimmste verhindert. Auf Grund dieses Vorganges verweigerte die Belegschaft aufs neue die Arbeit. Am folgenden Montag wurde wiederum hierzu Stellung genommen. Resultat: Entlassung zweier revolutionärer Genossen, die besonders für die Interessen der Belegschaft eingetreten waren. Außer zwei Maurern, die sich mit den gemaßregelten Genossen solidarisch erklärten, waren der Baudelegierte als auch die übrige Belegschaft mit der Maßregelung einverstanden. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, ein paar Genossen auf die Straße geworfen und die Arbeiterschaft läßt sich weiter von diesem „edlen Herren" über das Ohr hauen, anstatt einmal gründlich mit einem solchen Reaktionär abgerechnet zu haben.

Hoyerswerda

Die Reaktion rebelliert. Gegen den Stadtverordnetenbeschluß über die Umänderung der Straßennamen ist von seiten der Anlieger Protest erhoben worden. Von einem Teil der Einwohnerschaft wird zu der Angelegenheit bemerkt, daß die Stadt noch namenlose Straßen besitzt. Wenn diese Straßen eine Benennung erhalten hätten, so wäre weniger Erregung in die Bürgerschaft getragen worden als durch diesen neuerlichen Beschluß. Ach nee! Die monarchistischen Straßennamen sollen bestehen bleiben und abgelegene, tote Straßen sollen republikanische Namen erhalten. So geht's denn doch nicht. Der Stadtverordnetenbeschluß wird durchgeführt und wenn die Monarchisten noch so sehr krähen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220731-11/fragment/page=0003

Operetten-Theater.
7½ Uhr! Vorletztes Mal!
„Der heilige Ambrosius"
Mittwoch, den 2. August! 3072
Der größte Schlager der Saison:
„Der keusche Lebemann"
Schwank i. 3 Akten v. Arnold u. Bach
Kasse ab½10 (Tel. 6183) ununterbroch. geöffnet

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Merchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Kurt Sänisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Merchenfeldstraße 14. Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 8 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Vorstand heute abend keine Sitzung.

Distriktsleitungen. Mittwoch, den 2. August, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Sitzung.**

Distriktsversammlungen: in allen Distrikten Donnerstag, den 3. August, abends 8 Uhr.

Kommunistische Bauarbeiter. Alle Kommunisten, die im Deutschen Bauarbeiter-Verband organisiert sind. Dienstag, den 1. August, abends 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft (Saal): **wichtige Sitzung.** Fraktionsvorstand eine Stunde früher.

Halle-Saalkreis.

Rietleben. Dienstag, 1. August, abds. 8 Uhr, in der „Sonne": **Funktionärversammlung.** Sämtliche Hundert- und Zehnerschaftsführer müssen erscheinen.

Könnern. Donnerstag, den 3. August, abends 8 Uhr, im Parteilokal: **Mitgliederversamml.** Referent: Genosse Johannes Schmidt (Halle).

Kreis Delitzsch.

Laeis. Donnerstag, den 3. August, abends 8 Uhr, im Gasthof Seidewitz: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld.

Holzweißig. Dienstag, 1. August, abds. 8 Uhr, im Häßerschen Lokale: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Kreis Merseburg.

Schkeuditz. Morgen, Dienstag, abends 7 Uhr, im Jugendheim, alte Schule: **Sehr wichtige Sitzung aller kommunist. Kartelldelegierten.**

Kreis Weißenfels.

Teuche. Mittwoch, den 2. August, abends 7½ Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit dem Bürgertum. Ref.: Genosse Rößling (Halle).

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Schulbücher, Modezeitungen Jugendschriften, empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Werbt für den „Klassenkampf"

Ich zahle
Bücher und Zeitungen, Skripturen, Akten gebündelt) Mk. 7,00
über 100 Kilo Anlieferung Mk. 8,00
Lumpen pro Kilo (uns.) Mk. 5,00—6,00
Strickwolle pro Kilo Mk. 25,00—30,00
Alt-Eisen . . pro Kilo Mk. 3,00—4,00
Guß I . . . . . pro Kilo Mk. 5,00
Kupfer . . pro Kilo Mk. 80,00—100,00
Rotguß . . pro Kilo Mk. 60,00—70,00
Blei und Zink pro Kilo Mk. 25,00—30,00
Bei Anlieferung über 50 Kilo Metall zahle letztangeführten Preis.
Außerdem kaufe ich:
Alt-Papier, Weinflaschen, Felle zu höchsten Preisen.
Beim Verkauf von Metall ist ein Personalausweis mitzubringen.
Rohprodukten-Zentrale
3071 **A. Schondorf**
nur Lauchstädter Straße 20, Hauptgeschäft
Fernruf 9063 **Georgstraße 11, Fil. 1** Fernruf 9063
Kostenlose Abholung. Fahrt- u. Frachtvergütung.

UT **Alte Promenade 11a.** Fernruf 5738. Ab morgen, Dienstag bis einschl. Donnerstag
Das große Doppelprogramm.
Draga Lunjevica Der Roman einer Königin. Drama in einem Vorspiel und 4 Akten mit Magda Sonja. Vorführung: 4.50 7.00 9.20
Um das Erbe Der große nordische Film. Schauspiel in 5 Akten mit Karin Molander. Vorführung: 4.00 6.10 8.20

UT **Leipziger Strasse 88**
Täglich der große Erfolg
Die vom Zirkus Zirkusdrama in 6 Akten.
Tippel-Paule im Panoptikum Lustspiel mit Paul Grätz. 3070

Licht-Spiele
Täglich der größte Erfolg!
Persönliches Auftreten.
Der teuerste Solotänzer der Gegenwart
René von Olfen
zeigt in jeder Vorstellung zwei seiner spannendsten
Kunst-, Sturm- und Wirbeltänze.
Ferner auch persönlich:
Gerti von Rottkay, die fesche Tänzerin.
3069 Außerdem:
Der König der Abenteuer — Der Meister der Sensationen
Harry Piel
in seinem neuen Abenteuer-Großfilm:
Das schwarze Kuvert
Ferner diverse Extraeinlagen.
Beginn: Täglich 4 Uhr.
Nur zeitiges Kommen sichert Platz!
Im Herzen der Stadt!

Reellität
wird durch das Wörtchen **bis** darniedergeschlagen.
„Bis Mark zahle ich" kann man sagen, schreiben, inserieren, aber in Wirklichkeit wird das Publikum damit hinter das Licht geführt.
Reell, durchaus reell zahlen wir genau untenstehende Preise.
Durch weitere Anfragen sehen wir uns genötigt, weitere
5 Tage
Lotterielose gratis auszugeben,
u. geben jedem Bringer, welcher uns von 50 Kilo an aufwärts Rohprodukte abliefert, ein Lotterielos gratis zu. Selbiger kann im günstigsten Falle durch das große Los auf einem Wege zu uns
50000 Mark
verdienen.
Wir zahlen:

Alt-Papier . . .	per Kilo 4,60	Schmiedeeisen kurz u. blechfrei .	Kilo 4 Mk.
Bücher u. Zeitungen	„ „ 7,00	Pa. Maschinenguß	Kilo 5 Mk.
Lumpen	„ „ 4,00	Metalle zu laufenden Börsenpreisen	

Paul Theuring,
Nur Triftstraße 24, Große Brunnenstraße 61,
Augustastraße 17, Hof, Hochstraße 10, Ecke Wolfstr.,
Breitestraße 34. Fernsprecher 5364.
Rohprodukten-Verwertung G. m. b. H.
Telephon 5659 und 4363.
Beim Verkauf von Metallen ist ein Personenausweis mitzubringen. 3075
Händler und Industrie erhalten Vorzugspreise.

Soeben erschien! Soeben erschien!
N. MESCHTSCHERJAKOW:
Der Terror der georgischen Menschewiki
Der Verfasser schildert auf Grund von Akten und Dokumenten den ungeheuren Terror der Menschewiki gegen die Arbeiter und Bauern Georgiens
Preis Mark 20.— (Organisationsausgabe Mark 10.—)
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8
Auslieferung an die Organisationen der KPD. durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17

Sowjetsterne
wieder eingetroffen.
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Merchenfeldstraße 14 und deren Filialen. F

Walhalla.
Dir. Josef Milos.
Heute, Montag:
3 spannende Entscheidungskämpfe 3
Bogelmann — Max Sleinke Bayern Pommern
Barkowski — Schiele Berlin Thüringen
v. d. Heud — Randolli Mittelgem. Europam.
Alle Kämpfe bis zur Entscheidung. 3074

Perfekter
Herren- und Damen-Friseur
erste Kraft, per sofort oder zum 15. August gesucht. *650
Monatliches Gehalt: 4000 Mk.
Alfred Kluge, Friseur, Merseburg,
Bahnhofstraße 8. Telephon 234.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S.,
Merchenfeldstraße 14
empfiehlt seinen kräftig.
Mittag- und Abendtisch.
Bier: Glas 7.50 M.

Günstigste Gelegenheit!
Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Barchenthemden, Weiche Aipskragen, Hosenträger, Sockenhalter, Westengürtel, Dauerwäsche-Kragen, Matohemden, Matohosen, Winterhosen, Unterjacken, Herrensocken, Damenstrümpfe, Sportgürtel, Krawatten, -Vorhemden, -Manschetten
Marke „Waschbär" Marke „Panzer"
allerbilligst in größter Auswahl im
Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2, Eingang Sternstr. 3073

Zum Prozeß gegen die Konterrevolution in Rußland
G. LELEWITSCH:
Die Konstituante von Samara. (Ein Beitrag zur »Humanität« u. »Demokratie« der Partei der Sozialrevolutionäre.)
Preis Mark 25.—. (Organisationsausgabe Mark 18.—.)
G. SSEMJONOW (WASSILJEW):
Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918 (ihre Kampftätigkeit u. militärischen Aktionen).
Preis Mark 4.50. (Organisationsausgabe Mark 3.30.)
W. KNJASEW:
W. Wolodarski. Preis Mark 35.—. (Organ. Mark 12.—.)
N. MESCHTSCHERJAKOW:
Das menschewistische Georgien. (Anmerkungen zur Broschüre Kautskys über Georgien.)
Preis 1.50 Mark. (Organisationsausgabe Mark 1.10.)
N. MESCHTSCHERJAKOW:
Der Terror der georgischen Menschewiki.
Preis Mark 20.—. (Organisationsausgabe Mark 10.—.)
L. TROTZKI:
Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.
Preis Mark. 35.—, geb. Mark 45.—. (Organisationsausgabe Mark 20.—, geb. Mk. 30.—.)
I. WARDIN:
Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution.
Preis Mark 6.—. (Organisationsausgabe Mark 3.—.)
RUSSISCHE KORRESPONDENZ
Nr. 4-5 des dritten Jahrganges mit Aufsätzen über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.
Preis Mark 45.—. (Organisationsausgabe Mark 30.—.)
Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!
W. BYSTRANSKY:
Menschewiki und Sozialrevolutionäre.
Preis Mark 60.—. (Organisationsausgabe Mark 35.—.)
Ausführliche Prospekte auf Verlangen.
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8
Auslieferung der Organisationsausgabe in Deutschland an die Organisationen der KPD. ausschließlich durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220731-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 31. Juli 1922

Der Abwehrkampf der Gastwirtsangestellten

Die Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestellten schreibt uns: Die Unternehmer stellen in dem Abwehrkampf der Angestellten es weiter so hin, als ob die Angestellten diesen Streik vom Zaune gebrochen hätten. Demgegenüber muß abermals festgestellt werden, daß die Gastwirte Tarif- und Wortbruch begangen haben. Sie versuchen durch unwahre Behauptungen in Zeitungsaufrufen die Oeffentlichkeit irrezuführen und einen Keil in die ausgesperrten Kollegen zu treiben. Die Gehilfenschaft fällt auf solch plumpen Schwindel nicht rein. Sie ist vielmehr entschlossen, den Kampf mit aller Schärfe weiterzuführen. Die Schuld, daß es noch nicht zu einer Einigung gekommen ist, trifft allein die Wirte, die bisher jede Verhandlung ablehnten. Selbst das unparteiische Schiedsgericht, das durch einen Schiedsspruch bereits vor 14 Tagen den Kampf hätte beendigen können, wurde mit der „Begründung" abgelehnt: „Wir halten es aus!" Die Wirten wollen nicht nur nicht das Trinkgeld beseitigen, sondern die 2½ Millionen Mark Monatsgehälter der Hallischen Kellner für sich behalten. Wir stellen fest, daß sie den Angestellten keine Verbesserungen vorgeschlagen haben. Das einzige Angebot war, daß sie den Lohnkellnern von ihrem bisherigen Lohn 4 v. H. kürzen wollten und dem männlichen und weiblichen Hilfspersonal im Monat bei einer 14- bis 16stündigen Arbeitszeit 300 bis 400 Mk. anboten. Wir fragen, was da für geleistete Arbeit bezahlt wird: nichts als Luft, Licht und Wasser statt Lohn, Brot und Bekleidung. Arbeiter, übt Solidarität und meidet die Lokale!

Lohnbewegung im Baugewerbe

In einer sehr stark besuchten Versammlung der im Bauarbeiterverband organisierten Bauarbeiter von Halle am Sonnabend wurde einstimmig beschlossen, dem Arbeitgeberverband für das Hochbaugewerbe folgende Forderungen zu übermitteln, die ab 1. August Geltung haben sollen:

1. Alle Maurer, die mit Putzarbeit beschäftigt werden, erhalten für diese Zeit 25 Prozent Aufschlag auf die jeweilig geltenden Stundenlöhne.
2. Alle Maurer erhalten ab 1. August außer den tariflichen Löhnen eine Werkzeugzulage von 5 Prozent.
3. Die Bauunternehmer haben dafür zu sorgen, daß in Zukunft das Abnehmen von Steinen und Mörtel auf den Gerüsten von Bauhilfsarbeitern ausgeführt wird.

Wie uns mitgeteilt wird, sind diese Forderungen schon im März d. J. von den Bauarbeitern aufgestellt worden. Die Unternehmer aber haben sie bisher immer abgelehnt.

Teuerungszuschüsse für Kriegsopfer

Nach dem Gesetz vom 14. Juli 1922 erhalten Personen, die nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 (RGBl. S. 989), dem Altrentnergesetze vom 18. Juli 1921 (RGBl. S. 953) oder früheren Miltiärversorgungsgesetzen Versorgung beziehen, auf Antrag Teuerungszuschüsse nach Maßgabe der §§ 2 bis 5.

Ausgenommen sind: Beschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 50 v. H. gemindert ist; Witwen, die weder erwerbsunfähig noch einer erwerbsunfähigen Witwe gleichgestellt sind; Personen, die unabhängig von Dienstbeschädigung lediglich auf Grund ihrer Militärdienstzeit versorgt sind (Kapitulanten) und Personen, auf die das Pensionsergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1920 (RGBl. S. 2109) Anwendung findet.

Der Teuerungszuschuß beträgt monatlich: für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 50 v. H. 500 Mk., für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. 750 Mk.; für einen Schwerbeschädigten, der nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist 1000 Mk.; für eine Witwe 500 Mk.; für eine Witwe, die nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist 700 Mk.; für eine vaterlose Waise 250 Mk.; für eine elternlose Waise 300 Mk.; für einen Elternteil 300 Mk. und für ein Elternpaar 500 Mk.

Außerdem erhält der Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, neben dem Teuerungszuschuß für jedes Kind 200 Mk.

Als Teuerungszuschuß erhalten ferner: Empfänger eines Uebergangsgeldes (§ 32 des RVG.) monatlich 450 Mk.; Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe monatlich 450 Mk.; Empfänger eines Hausgeldes (§ 13 des Reichsversorgungsgesetzes) während der vollen Kalendermonate der Heilbehandlung, auch wenn eine geringere Minderung der Erwerbsfähigkeit als 50 v. H. festgestellt ist, monatlich 450 Mk.; und wenn Hausgeldempfänger für Kinder zu sorgen haben, neben dem Teuerungszuschuß für jedes Kind 200 Mk.

Uebersteigt das regelmäßige Einkommen, das der Versorgungsberechtigte neben den Versorgungsgebührnissen bezieht, den ihm bei der Erwerbsunfähigkeit nach § 2 oder § 3 zustehenden Teuerungszuschuß und die Zuschüsse für Kinder und Waisen um 75 v. H., so erhält er die Teuerungszuschüsse nur zum halben Betrage; übersteigt sein Einkommen den Teuerungszuschuß um 125 v. H., so erhält er keinen Teuerungszuschuß. Diese Einkommensgrenzen verringern sich für die Ortsklassen B und C um 10 v. H. und für die Ortsklassen D und E um 20 v. H.

Versorgungsberechtgite, die nach ihrer Arbeitsfähigkeit in der Lage sind, einem Erwerbe nachzugehen, die Uebernahme einer ihnen nachgewiesenen, trotz ihres Leidens geeigneten Arbeit aber ablehnen oder ihren Arbeitsplatz schuldhaft verloren haben, erhalten keinen Teuerungszuschuß.

Die Teuerungszuschüsse können für einen Zeitraum von drei Monaten vor der Antragstellung, jedoch nicht für die Zeit vor dem 1. August 1922 nachgezahlt werden.

Beschädigte, die eine Rente von weniger als 50 v. H. beziehen (Leichtbeschädigte), und erwerbsfähige Witwen sollen die Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie trotz eigenen Bemühens und der Mitwirkung der Fürsorgestelle eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht aufnehmen können und ihr Einkommen neben der Rente, die im § 4 genannten Einkommensgrenzen nicht übereigt.

Die Durchführung liegt den Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge ob, soweit nicht der Reichsarbeitsminister etwas anderes bestimmt. Gegen die Entscheidung der Fürsorgestelle kann Beschwerde an die Hauptfürsorgestelle eingelegt werden. Diese entscheidet endgültig; das Spruchverfahren ist ausgeschlossen. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. August 1922 in Kraft.

Zur Nachprüfung der Einkommensverhältnisse ist eine Bescheinigung über die Höhe des Arbeitsverdienstes im Monat Juli bei den die Teuerungszuschüsse auszahlenden Stellen einzureichen. Personen, die bisher keine Teuerungszuschüsse erhalten haben und glauben, auf Grund der neuen Bestimmungen diese beanspruchen zu können, müssen unter Beifügung der beglaubigten Lohnbescheinigung den Antrag durch die Gemeindebehörde bei dem Kreiswohlfahrtsamt des Saalkreises einreichen.

Konferenz des Arbeiter-Abstinenten-Bundes

(Von unserem Berichterstatter.)

Das „rote Herz" Deutschlands ist ein Brennpunkt der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe. Nichts natürlicher, als daß der Kampf gegen den Alkohol in den Hintergrund des Interesses gedrückt wird. Durch die zunehmende Verelendung greift in den Reihen des Proletariats immer mehr eine Verzweiflungsstimmung Platz, so daß die Alkoholflut bedenklich zu steigen beginnt. Bei vielen Genossen ist die Einsicht im Wachsen, daß dieser steigenden Flut ein Damm entgegengesetzt werden muß, soll nicht die Arbeiterbewegung noch weiter zurückgeworfen werden. Frühere Ortsgruppen des Arbeiter-Abstinenten-Bundes erwachten zu neuem Leben, neue wurden gegründet, in anderen Orten begannen Einzelmitglieder Pionierarbeit für unseren Bund zu leisten. Ueberall regte sich neues Leben.

Es war daher ein glücklicher Gedanke der Ortsgruppe Halle, die Mitglieder unseres Bundes im Regierungsbezirk Merseburg, des Freistaates Anhalt und Thüringens zu einer Konferenz zwecks Zusammenschlusses zu einem Gau nach dem Hallischen „Volkspark" einzuladen. Es waren Mitglieder aus Halle, Merseburg, Weißenfels, Zeitz, Wittenberg usw. erschienen. Als Vertreter des Bundesvorstandes war der Genosse Plottke (Leipzig), Vorsitzender des Gaues 4, erschienen. Die einzelnen Delegierten berichteten über den Stand der Bewegung in den verschiedenen Orten. Uebereinstimmend wurde Klage geführt, daß die Arbeiterorganisationen dem Kampf gegen den Alkohol nicht das genügende Verständnis entgegenbringen. In den Jugendorganisationen dagegen macht sich ein stärkeres Interesse für unsere Bewegung bemerkbar. Die Genossen Plottka (Leipzig) und Lenzner (Zeitz) gaben im Laufe der Diskussion wertvolle Fingerzeige, wie unter der sozialistischen Arbeiterschaft am zweckmäßigsten Agitation zu betreiben ist. Es wurde dann zur Gründung des Gaues 2 (Mitteldeutschland) geschritten, der sich vorläufig über den Regierungsbezirk Merseburg, Freistaat Anhalt und Groß-Thüringen erstrecken soll. Später soll versucht werden, einen besonderen Gau Thüringen zu gründen. Als Vorort des Gaues wurde Halle, als Vorsitzender Genosse Thamm gewählt.

Alle Zuschriften sind zu richten an Walter Thamm, Halle, Zinksgartenstraße 15.

Parteifest am Sonntag, dem 6. August

Ueberraschungen besonderer Art werden in diesem Jahre auf dem Parteifest geboten. Im Garten konzertiert nachmittags ein Blasorchester unter Kapellmeister Röhrens Leitung. Das Sportkartell, die Jugend und die Kindergruppen werden auftreten. In der Turnhalle erheitert Freund Kasper die Kinder, die auch bei Wurstschnappen, Saustechen und Sackspringen Preise erringen können. Im großen Saal werden die Chöre der Arbeitersänger und der Frauen, sowie das 1. Hallesche Mandolinenorchester ein ausgewähltes Konzertprogramm bieten. Rezitationen und humoristische Vorträge, besonders für das Parteifest geschrieben, werden eingeflochten. Sehr sehenswert ist das lebende Bild „Die Marseillaise". Im Restaurationszimmer spielt eine kleine Kapelle Unterhaltungsmusik. Im kleinen Saal ist Kabarettvorstellung unter Leitung des Turkestaners. Der satirische Zeitspiegel und der Raritätensammler sorgen für zeitgemäßen politischen Humor. Ein ganz besonderer künstlerischer Genuß werden die Schönheitstänze einer jungen Genossin werden, die sowohl im großen, als auch im kleinen Saal auftreten wird. Beim Eintritt der Dunkelheit wird ein Fackelzug der Kinder stattfinden.

Karten sind schon jetzt im Vorverkauf zum Preise von 6 Mk. bei sämtlichen Parteifunktionären zu haben.

* **Achtung, Parteifunktionäre!** Alle Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute usw. müssen heute nachmittag zwischen 4 und 7 Uhr im Parteisekretariat, Lerchenfeldstraße 14, wichtiges Material abholen.

* **Städtische Straßenbahn.** Die Wagen der Linien 2 und 4 verkehren ab 1. August nur abwechselnd bis Hallmarkt bzw. Hettstedter Bahnhof. Die in Frage kommenden kurzen Wagen erhalten entsprechende Schilder.

* **Internationaler Bund der Kriegsopfer.** Die provisorische Unterbezirksleitung des Internationalen Bundes gibt allen Ortsgruppen bekannt, daß Mitte September in Erfurt ein Gautag des Internationalen Bundes der Kriegsopfer stattfindet. Außerdem gilt es, eine außerordentlich wichtige Angelegenheit des Kreiswohlfahrtsamtes zu regeln, die die Anwesenheit sämtlicher Ortsgruppen erforderlich macht. Wir rufen daher für Sonntag, den 13. August, eine Konferenz ein, und zwar vormittags um 9 Uhr nach der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14. Die Delegation der Ortsgruppen ist unbeschränkt.

* **Annahme gewöhnlicher Pakete durch die Paketbesteller.** Die Paketbesteller in Halle dürfen gewöhnliche Pakete zum Abliefern an die Postanstalt annehmen. Die Abholung aus der Wohnung kann schriftlich oder durch Fernsprecher Nr. 7551 bei dem Postamt 2 (Thielenstraße 2a) bestellt werden. Für die Bestellschreiben oder -karten zu denen möglichst ungestempelte Postkarten zu benutzen sind, wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkästen gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete entweder in den Häusern, die sie zum Bestellen oder Abholen betreten, oder an den Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk hält. Für jedes Paket ist außer der Freigebühr eine Nebengebühr von 1,50 Mk. voraus zu entrichten.

* **Operettentheater.** Nur noch zwei Abende wird die Operette von Leo Fall: „Der heilige Ambrosius" mit dem unkopierbaren Willi Schur in der Titelrolle gegeben. Am Mittwoch, dem 2. August, findet die Erstaufführung von „Der keusche Lebemann", Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach, den bestbekannten Verfassern des Schwankes „Die spanische Fliege", statt. In der Titelrolle tritt abermals Direktor Willi Schur auf, in dessen bewährten Händen auch die Spielleitung liegt. Neben den bereits bekannten Kräften Putzel und Richter, Süßenguth und Reinold tritt in der Rolle der Maria Rainer Frau Dagnar Schur zum ersten Male in dieser Spielzeit hier in Halle auf. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Schluß der Spielzeit unwiderruflich am 15. August ist.

* **Aus dem Polizeibericht.** Von der hiesigen Polizei sind eine Anzahl Schachteln Schuhcreme, Marke Nigrin, beschlagnahmt worden. Vermutlich rühren sie aus einem Diebstahl her. Der etwa Geschädigte wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 35, zu melden. — In der Nacht zum Sonnabend wurde ein Maurer beim Kartoffelstehlen am Gesundbrunnen von mehreren Pächtern abgefaßt. Die Geschädigten verprügelten ihn derart, daß er der Klinik zugeführt werden mußte. — Am Sonntagnachmittag wurde in einem Verkaufsstand am Franckeplatz eingebrochen und Tabak- und Eßwaren entwendet. Soweit ermittelt, sollen als Täter Schulknaben in Frage kommen.

Ammendorf

Kinderfest. Herrliches Wetter begünstigte gestern das von den drei Arbeiterparteien veranstaltete Kinderfest. Etwa 8000 Personen hatten sich eingefunden und erfreuten sich mit den Kindern an dem abwechslungsreichen Programm. Ein Fackelzug beschloß das herrlich verlaufene Fest. Im Laufe des Nachmittags wurden die Arbeiter noch dadurch überrascht, daß mitgeteilt wurde, der Genosse Karl Schiepe sei wieder frei. Die Klassenjustiz hat ihn wieder freigegeben. Unter stürmischen Hochrufen versicherte er nach einer kurzen Ansprache, weiter treu zur Fahne des Kommunismus zu halten und noch zäher als früher den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen.

Aus der Provinz

Der Lohnkampf der Leuna-Angestellten

(Von unserem Berichterstatter.)

Leuna, 27. Juli.

In einer überaus gutbesuchten Vollversammlung der Angestellten des Leunawerkes wurde Stellung zu dem Angebot der Arbeitgeber genommen.

Der Vorsitzende des Angestelltenrates, Kneipp, der gleichzeitig auch Mitglied der Tarifkommission ist, gab eingehenden, sachlichen Bericht über die Verhandlungen.

Dem Bestreben der Angestellten, den diesmaligen Abschluß lediglich auf den Monat Juli zu beschränken, setzten die Arbeitgeber unüberwindlichen Widerstand entgegen.

Durch diese Zwangslage haben die Angestellten dann folgende Forderung aufgestellt: für Juli 60 Prozent, für August 100 Prozent Erhöhung der Junigehälter.

Die Arbeitgeber machten folgendes Angebot:

Die Gehälter werden für Juli um durchschnittlich 35 Prozent erhöht. Für August erhöhen sich diese Gehaltssätze um den Prozentsatz, um welchen sich die Reichsindexziffer des Monats Juli gegenüber dem Monat Juni erhöht.

In der Versammlung wurde von sämtlichen Rednern verlangt, daß das Angebot der Arbeitgeber unbedingt abgelehnt werden müsse, denn die Annahme bedeute die weitere Erhöhung der Verschuldung und Verarmung der Angestellten.

Es wurde folgende Resolution vorgeschlagen und einstimmig mit großem Beifall angenommen:

„Die heutige Vollversammlung der Angestellten des Leunawerkes beauftragt den Angestelltenrat und die Organisation, die nachstehenden Forderungen auf das energischste zu vertreten. Die jetzigen Gehälter entsprechen in keiner Weise mehr der Teuerung und haben zu einer weiteren, tiefen Verschuldung der Angestellten beigetragen."

Wir fordern:

1. einen 60prozentigen Aufschlag auf das Junigehalt mit der ausdrücklichen Bestimmung, von dieser Erhöhung bei den kommenden Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium nicht abzugehen und dabei die Gehälter der jüngeren Angestellten zu berücksichtigen;
2. Abschluß des Tarifes nur für den Monat Juli oder mit entsprechender Sicherheit für August;
3. Auszahlung einer größeren runden Summe auf die höhere Gehaltsforderung für den laufenden Monat am 31. Juli 1922.

Petersrode

Tödlich verunglückt. Durch nachstürzende Tonmassen wurde in der Grube der Ziegelei der 18jährige Arbeiter Hentsch verschüttet. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Düben

Tödlich verunglückt in der väterlichen Mühle ist am Mittwoch das 8jährige Söhnchen des Schiffmüllers Birke. Das Kind ist von der Transmission, wo es sich zu schaffen gemacht, erfaßt und totgedrückt worden. Der kleine Körper war mehrfach gebrochen.

Lichtenfels

So lebt das Proletariat. Im hiesigen „Tageblatt" war folgende Anzeige zu lesen: „Anfrage an das Wohnungsamt, Stadtrat und Bezirksamt. Ich frage an, wie lange es noch dauert, bis die Stadt uns eine Wohnung verschafft, nachdem wir schon, seit es bei Pauson gebrannt hat, zehn Wochen im Ochsenstall schlafen. Oder soll ich im Stall vielleicht entbinden? Ist das noch menschlich? Außerdem gehe ich mit meinen zwei Kindern auf Kosten der Stadt in ein Gasthaus. Elise Dütsch." — Was gehen dem Wohnungsamt und dem Stadtrat Proletarierfamilien an. Im Gegenteil. Jesus Christus wurde auch im Stall geboren, also kann das im Stall geborene Proletarierkind auch ein Christus werden. Und wenn es nicht wird, dann ist nur die dem „Pöbel" eigene Bosheit daran schuld.

Jessen

Wofür Geld da ist. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden als Beitrag der Stadt für Errichtung eines Denkmals für die im Kriege Gefallenen der Stadt 50 000 Mark, zu verteilen auf die Jahre 1922 und 1923, bewilligt, ebenso die Garantie für weitere 100 000 Mark, für welche der Stadt keine Unkosten entstehen, übernommen. So werden Mittel der Allgemeinheit für Steine ausgegeben, die Lebenden läßt man verhungern.

Dessau

Die Rattenplage, die mit städtischen Mitteln bekämpft wurde, ist nicht wesentlich gebessert, da die Bekämpfung nicht einheitlich durchgeführt wurde. Einzelne Wohnstätten sind völlig unbewohnbar geworden.

Sport

In dem Radrennen München—Berlin siegte der Berliner Fahrer Richard Huschke, der die Strecke von 601,7 Kilometer in 26 Stunden 12 Minuten 18 Sekunden zurücklegte. In der Dauerrennfahrt Berlin—Dresden über 200 Kilometer siegte Long in 7 Stunden 22 Minuten 35,4 Sekunden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Konrad Finkelmeier; für Anzeigen: Fritz Kroh: Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf

Hiermit bestelle ich vom ....

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", den Beilagen: „Kämpfende Jugend" und „Die kommunistische Frau" zum Preise von 45 Mark monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: ....

Ort: .... Straße: ....

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert an uns gelangen zu lassen: Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Alle Abonnementsgelder sind nur auf Postscheckkonto Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle, einzusenden.

Postbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220731-11/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

30) Von John Reed

„Unser Programm?“, meinte der Pseudoarbeiter. „Da ist es: Uebergabe des Landes an die Landkomitees, uneingeschränkte Beteiligung der Arbeiter an der Industriekontrolle, ein energisches Friedensprogramm, aber kein der Welt gestelltes Ultimatum in der Art des bolschewistischen Manifestes. Die Bolschewiki können ihre den Massen gegebenen Versprechungen nicht halten, nicht einmal im Lande selbst. Wir werden es ihnen nicht gestatten. Sie stehlen uns unser Landprogramm, um sich die Hilfe der Bauern zu sichern. Das ist unanständig. Wenn sie wenigstens bis zur Konstituierenden Versammlung gewartet hätten — — —“

„Es handelt sich nicht nur um die Konstituierende Versammlung“, fiel der Offizier ein. „Wenn die Bolschewiki hier einen sozialistischen Staat errichten wollen, dann können wir mit ihnen überhaupt nicht zusammenarbeiten. Kerenski hat einen großen Fehler begangen, als er im Rate der Republik seinen gegen die Bolschewiki erlassenen Haftbefehl bekanntgab und diesen so die Möglichkeit gab, ihren Gegenzug zu tun.“

„Aber was haben Sie jetzt vor?“ fragte ich.

Die beiden Männer sahen einander an. „In ein paar Tagen werden Sie sehen. Sollten wir genügend Truppen auf unserer Seite haben, dann denken wir natürlich an kein Kompromiß mit den Bolschewiki. Wenn nicht, werden wir vielleicht dazu gezwungen sein.“

Wieder draußen auf dem Newsky, schwangen wir uns auf das Trittbrett eines schon völlig überfüllten Straßenbahnwagens, dessen Plattform sich unter der Last der Menschen tief heruntersenkte und fast am Boden entlangschleifte, und legten den langen Weg bis zum Smolny mit geradezu entsetzlicher Langsamkeit zurück.

Meschkowki, ein liebenswürdiger, schmächtiger, kleiner Mensch kam mit besorgtem Gesicht die Halle entlang. Wir hörten von ihm, daß die Streiks in den Ministerien ihre Wirkung zu tun begannen. Der Rat der Volkskommissare hatte zwar die Veröffentlichung der Geheimverträge beschlossen, aber Neratow, der damit beauftragte Beamte, war verschwunden und hatte die Dokumente mit sich genommen. Sie befanden sich jetzt wahrscheinlich in der Britischen Gesandtschaft.

Schlimmer als alles das war indessen der Streik in den Banken. „Ohne Geld“, erklärte Menzhinsky, „sind wir hilflos. Die Gehälter der Eisenbahner, der Post- und Telegraphenangestellten müssen gezahlt werden; aber die Banken sind geschlossen, und auch die Staatsbank, gewissermaßen der Schlüssel der ganzen Situation, hat ihren Betrieb eingestellt. Sämtliche Bankangestellten Rußlands haben sich verleiten lassen, die Arbeit niederzulegen.

Lenin hat jedoch befohlen, die Tresors der Staatsbank mit Dynamit aufzusprengen, und eben jetzt ist ein Dekret heraus, das die Wiedereröffnung der Banken anordnet. Andernfalls würden sie mit Gewalt geöffnet werden.“

Im Petrograder Sowjet entschlossener Siegeswille. Bewaffnete Männer. Trotzki berichtend:

„Die Kosaken beginnen sich von Krasnoje Sjelo zurückzuziehen.“ (Jubelnder Beifall). „Die Kämpfe fangen jetzt erst an. In Pulkowo sind schwere Kämpfe im Gange. Alle verfügbaren Kräfte müssen sofort dorthin.

Die Nachrichten aus Moskau sind nicht erfreulich. Der Kreml ist in der Hand der Junker. Die Arbeiter haben nur wenig Waffen. Entscheidend wird aber auch dort sein, was hier in Petrograd geschieht.

An der Front findet unser Friedens- und Landdekret begeisterte Aufnahme. Kerenski überschwemmt die Schützengräben mit Schauergeschichten über das in Blut und Flammen untergehende Petrograd, über unzählige von den Bolschewiki gemordete Frauen und Kinder; aber kein Mensch glaubt sie.

Der Kreuzer „Oleg“, „Awrora“ und „Respublika“ ankern in der Newa. Ihre Geschütze beherrschen die Zugänge zur Stadt.“

„Warum sind Sie nicht bei den Rotgardisten?“, ruft eine rauhe Stimme.

„Ich bin eben im Begriff zu gehen“, antwortete Trotzki, und verließ die Tribüne. Das Gesicht noch blasser als gewöhnlich, schritt er, von besorgten Freunden umringt, den Seitengang des Saals hinunter und sprang in das bereits wartende Automobil.

Kamenew sprach jetzt, einen Bericht von dem Verlauf der Verständigungskonferenz gebend. Die von den Menschewiki vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen seien, sagte er, mit Verachtung verworfen worden. Sogar die Zweigvereine des Eisenbahnerverbandes hätten sich dagegen erklärt.

„Ausgerechnet in dem Moment, da wir die Macht erobert haben und uns anschicken, ganz Rußland mit eisernem Besen auszukehren, glauben sie, folgende drei Kleinigkeiten von uns fordern zu können: 1. Sollen wir die Macht wieder aus der Hand geben, 2. die Soldaten veranlassen, den Krieg fortzusetzen und 3. die Bauern ihre Landforderungen vergessen machen.“

Lenin nahm kurz das Wort, um auf die Anklagen der Sozialrevolutionäre zu antworten.

„Sie werfen uns vor, ihr Landdekret gestohlen zu haben. Wenn das so ist, sprechen wir ihnen unsere Anerkennung aus. Es ist für uns gerade gut genug.“

So ging die Versammlung noch lange weiter. Führer nach Führer aufstehend, um zu erklären, zu argumentieren, zu ermahnen; Soldaten und Arbeiter, ihrem Denken und Fühlen Ausdruck gebend.

Als wir gegen drei Uhr morgens den Saal verließen, kam uns mit freudestrahlendem Gesicht Holzmann vom Revolutionären Kriegskomitee entgegengelaufen.

„Alles steht glänzend!“, schrie er, meine Hand packend. Hier ein Telegramm von der Front. Kerenski ist erledigt. Da schauen Sie.“

Er hielt uns ein Blatt Papier unter die Nase, flüchtig mit Bleistift bekritzelt. Sehend, daß wir es nicht zu entziffern vermochten, las er uns den Inhalt laut deklamierend vor:

Pulkowo, Stab, 2 Uhr 10 morgens.

Die Nacht vom 30. zum 31. Oktober wird in der Geschichte fortleben. Kerensis Versuch, gegenrevolutionäre Truppen gegen die Hauptstadt der Revolution zu führen, ist endgültig gescheitert. Kerenski ist auf dem Rückzug. Wir marschieren vor. Die Soldaten, Matrosen und Arbeiter Petrograds haben gezeigt, daß sie fähig und entschlossen sind, dem Willen und der Autorität der Demokratie mit der Waffe in der Hand Geltung zu verschaffen. Die Bourgeoisie hat versucht, die revolutionäre Armee zu isolieren, Kerenski wollte sie mit der Gewal: der Kosaken brechen. Beide Pläne sind elend gescheitert.

Die große Idee der Herrschaft der Arbeiter- und Bauerndemokratie hat die Armee zusammengeschweißt und ihren Willen gestählt. Das ganze Land wird von heute an wissen, daß die Macht der Sowjets keine Eintagserscheinung ist, sondern eine unbezwingbare Tatsache.

Es lebe das revolutionäre sozialistische Rußland.

Im Namen des Rates der Volkskommissare

L. Trotzki.

Auf unserm Nachhauseweg den Snamenskiplatz überquerend, sahen wir vor dem Nikolaibahnhof eine aufgeregte Menschenansammlung. Es waren einige Tausend in Waffen starrende Matrosen.

Zu ihnen redete von der Bahnhofstreppe aus ein Mitglied des „Wiksel“:

„Kameraden! Wir können Euch nicht nach Moskau fahren. Wir sind neuttral. Wir fahren weder die Truppen der einen noch die der andern Seite. Wir können Euch nicht nach Moskau nehmen, wir schon jetzt ein schrecklicher Bürgerkrieg wütet.“

Die Matrosen schrieen wild auf den Redner ein und begannen vormärtszudrängen. Plötzlich wurde eine andere Stir aufgerissen, und zwei oder drei Bremser und Heizer standen dort.

„Hier herein, Kameraden!“ riefen sie. „Wir bringen Euch nach Moskau — oder Wladiwostok, wohin Ihr wollt. Es lebe die Revolution!“

VII

Sieg

Donnerstag morgen. Aber wie war das möglich? Noch vor zwei Tagen in der Umgebung Petrograds führerlos umherirrende Banden, ohne Lebensmittel, ohne Artillerie, ohne Plan. Welche geheimnisvolle Macht hat die desorganisierte und undisziplinierte Masse von Rotgardisten und Soldaten ohne Offiziere in eine Armee zu verwandeln vermocht, die, den Anordnungen ihrer selbstgewählten Führer folgend, sich als fähig erwiesen hat, den wütenden Ansturm von Kanonen und Kosakenkavallerie nicht nur auszuhalten, sondern siegreich abzuschlagen?

Die Geschichte lehrt, daß revolutionäre Völker von je der militärischen Routine zu trotzen wußten. Die in Lumpen gehüllten Armeen der Französischen Revolution sind noch nicht vergessen — nicht Valmy und die Linien von Weißenburg. Gegen die Sowjetkräfte standen Junker, Kosaken, die Landeigentümer, der Adel, die Schwarzen Hundert. Das hieß: Rückkehr des Zaren, Ochrana und sibirische Ketten, die ungeheure und schreckliche Bedrohung durch die Deutschen. Der Sieg aber war, um mit den Worten Carlyles zu reden: „Apotheosis und ewig währendes Millinnium!“

Als Sonntag nacht die Kommissare des Revolutionären Kriegskomitees verzweifelt aus dem Felde zurückkehrten, wählte die Petrograder Garnison ihren Stab: Ein Fünferkomitee, drei Soldaten und zwei Offiziere, sämtlich zuverlässige Revolutionäre. Das Oberkommando erhielt der Expatriiat Murawiow — ein fähiger Offizier, der aber nicht aus den Augen gelassen werden durfte. In Colpinno, Obuchowo, Pulkowo und Krassnoje Sjelo wurden provisorische Truppenkörper gebildet, die die in der Umgebung umherirrenden Haufen — ein Durcheinander von Soldaten, Matrosen und Rotgardisten, Splitter von Infanterie-, Kavallerie- und Artillerieregimentern und einige wenige Panzerwagen — an sich zogen und zu stattlicher Größe anwuchsen.

(Fortsetzung folgt.)

Wir bauen stille ...

Von Max Barthel

Wir bauen stille, wir bauen fein —
Ich bin ein wuchtiger, trotziger Stein
Am Bau der Barrikade..

Wir bauen auf Leichen und Märtyrerblut,
Und dieser Grundstein trägt sicher und gut
Die Barrikade der Zukunft!

Wir binden mit Blut, wir kitten mit Mark!
Das macht dich unüberwindlich stark,
Du stolze Barrikade!

Ein jeder bringt einen Stein zum Bau ...
Nun halten die Schaffenden prüfende Schau:
Vorwärts! Zur Barrikade!

Reich wogt das protzende Heer der Welt ...
Stolz rückt es an ... hei hussa! zerschellt!
Zerschellt an der Barrikade!

Wir bauen stille, wir bauen fein —
Ich bin ein wuchtiger, trotziger Stein
Am Bau der Barrikade ...

M. A. Nexö: Die Leute auf Dangaard

Erstaufführung der Proletarischen Kulturvereinigung Halle

„Ja, so sind sie!“ lachte ingrimmig leise ein Arbeiter im Zuschauerraum, als die Herrin auf Gut Dangaard die brennende Kerze unters Bettstroh schob und sich selbst kurz entschlossen zum Feuertode bestattete. Dicht neben die Leiche des entarteten Sohnes, dem ihre feste Hand zuvor den schnellen Blausäuretod im unschuldigen Likörglas tredenzt. „So sind sie! Ehe sie das Hausrecht unsereinem abtreten, stecken sie lieber alles in Brand und murksen sich ab.“

Dieser Arbeiter hat den Kern des Problems getroffen. Er hat erfaßt, worauf es ankommt. Ihn belchweren offenbar keinerlei Versöhnungstheorien mehr, so wenig wie den Dichter selbst. Eigene Erdgewachsenheit, bodenständiges Klassenbewußtsein halten ihn in sicherem Gefühlsabstand von der Herrenkaste auch dann, wenn er einer sehr anständigen Vertreterin derselben gegenüber steht. Er weint keinem Feind eine Träne nach. Und das ist billig.

•

Martin Andersen Nexö ist ein feiner Psychologe. Bäuerin und Großknecht sind seelisch so hartknotig gewachsen, wie Baumriesen im Oedland. Mancherlei kleines Menschengestrüpp um sie herum ist kontrastwirkendes Milieu. Die feindlichen Fronten sind deutlichst abgegrenzt. Trotz gewisser menschlicher Sympathien, die zwischen ihnen vermitteln. Ueber den Kämpfenden gestern die Schatten der Vergangenheit, uralten Unrechts, mit immer neuem Unrecht verhallt zu schweren Wetterwolken. An rücksichtslosem Eigennutz entlädt sich rücksichtsloser Wille zur Gemeinschaft. Die Privatwirtschaft zerschlägt sich. Menschen der Arbeit treten in ihr Recht. Eine Genossenschaft wird. Und die Burg des Besitzes — das Eigenheim zerstiebt als Asche im Nachtsturm.

•

Die Aufführung dieses Werkes bedeutet für unsere Proletarische Kulturvereinigung einen mächtigen Schritt vorwärts. Bühnenausstattung und Darstellung gaben Zeugnis von erfolgreich ringender Kraft. Künstlerische Reife hatten die Leistungen der beiden Hauptspieler, deren sprachliche und mimische Begabung schon bei der vorletzten Aufführung auffallend in Erscheinung trat. In sich vollendet waren auch die Gestalten des Idioten und des jungen Großbauern. Der letztere wirkte gerade durch den unfreiwilligen Mangel an betonter Herrenkultur. So und nicht anders gibt sich der grenisch besoffene Landjunker auch bei uns daheim in seinen vier Wänden. Eine Type von bezwingender Originalität, die ältliche Mamsell Köller, wurde mit glänzender Herausarbeitung alles Charakteristischen dargestellt. Den übrigen Mitspielern ist zu wünschen, daß sie ihr Lampenfieber bald verlieren. Dann gibt sich wohl das Weitere.

Zuletzt ein Wort des Dankes an die Mandolinenspieler. Sie haben in den Pausen die Schwere der Bühnenstimmung auf und gaben uns ein Symbol des kräftig und leicht strömenden neuen Lebens, das nicht erst lange fragt: Kommst du mit?, sondern einfach alles mitnimmt, was es auf seinem Wege findet und das Widerstrebende zerbrochen zurückläßt.

Hoffentlich erleben wir eine recht häufige Wiederholung der Aufführung in Halle bei gleicher Besuchsstärke. Das Publikum bewies zunehmenden Willen zu Ruhe und Sammlung. Letzte kleine Störungen fallen vielleicht schon das nächste Mal ganz fort.

H. Leb.

Biertischpolitik

Ein belauschtes Gespräch von der lothringischen Grenze.

„Ja, ja es sieht wirklich schlimm aus auf der Welt,“ meinte der kleine, wohlbekleibte Herr drüben am Biertische, welcher in der Stadt als ein nicht besonders billiger Butterhändler bekannt war.

„Ja, ja —“ nickte ihm gegenüber Meister Michel, ehemaliger Zollaufseher und dito Kurzwarenhändler, welcher mit vielen Praktiken versehen, nicht zu den schlechtesten Kaufleuten zählte, immer getreu dem Grundsatz: „Nimm, wo du kannst.“

„Denken Sie nur, wie das enden wird, wenn die Deutschen nicht bezahlen.“

„Sehr einfach, wir besetzen Deutschland; wir beschlagnahmen die Fabriken. Deutschland muß bezahlen.“

„Aber Sie haben doch gelesen, daß die Deutschen ein Moratorium verlangen und kategorisch erklären, daß sie in den nächsten Jahren nicht bezahlen können. das ist schlimm, denn Sie wissen, daß unsere Regierung jeden Tag in der Kammer erklärt, daß die Deutschen bezahlen werden, und nun wird man ihnen doch Zeit geben müssen. Wo das noch hinführt?“

„Die Deutschen müssen bezahlen,“ wiederholte kategorisch der Butterhändler, „wenn Deutschland nicht bezahlt, steht Frankreich vor dem Bankrott.“

„Gewiß, und wenn Deutschland gezwungen wird, macht es auch bald bankrott, weil bald die deutsche Mark fast nichts mehr wert ist im Auslande. Und wenn Deutschland zugrunde geht, zieht es Frankreich mit in den Abgrund. Glauben Sie mir das?“

„Ja, ja, das ist schlimm, sehr schlimm,“ brummte der Butterhändler.

Und dann wurde der Kurzwarenhändler sehr gesprächig, er entwarf einen großen Plan, den er auch nur gehört haben wollte. Er entnahm seiner Tasche einen Bleistift und fing an, auf dem Marmortischchen zu zeichnen. Er entwarf anscheinend eine Landkarte, denn er sprach zu seinem Gegenüber: „Sehen Sie, Herr Pierre, ich werde Ihnen mal wiederholen, was mir eine hohe Persönlichkeit im Vertrauen gesagt hat. Sehen Sie, hier ist Rußland.“

„Aber wir sprechen doch von Deutschland!“

„Nun, Rußland gehört dazu!“

„Zu Deutschland, nun, das habe ich nicht in der Schule gelernt, aber schließlich haben Sie recht, es ist dasselbe Pack.“

„Aber Herr Pierre, lassen Sie mich doch aussprechen. Hier ist Rußland. So — das ist Polen — hier unten ist Ungarn und Rumänien. Dort oben an Polen grenzt Deutschland. Im Süden davon Tschecho-Slowakei — Oesterreich — hier die Schweiz, dort Frankreich — dort, wo der Bierfleck liegt, ist das Meer — England und bei Ihnen Amerika. Nun passen Sie auf, was mir der betreffende Herr sagte: Sie wissen, daß in Rußland, welches ein Sechstel der Welt umfaßt, die Bolschewiki herrschen. Gut, die Bolschewiki haben eine Armee von fast zwei Millionen Menschen und können sofort sechs bis sieben oder acht und noch mehr Millionen unter die Waffen ziehen.

„Haben die soviele Soldaten?“

„Ei ja, bei den Bolschewiki ist anscheinend, wie mir der Herr sagte, jeder Bürger ein roter Soldat, und diszipliniert, sage ich Ihnen, na, und es versteht sich, daß sie auch Kanonen haben und Gewehre. Aber zur Sache! Sie wissen zur Genüge, daß die Bolschewiki auf den Moment warten, um über die Kapitalisten herzufallen. Nun passen Sie auf, Herr Pierre. In Deutschland herrschen schlechte Zustände, sehr schlechte. Es kann dort jeden Tag zur offenen Revolte kommen. Erinnern Sie sich, daß die Bankiers schon Deutschland keinen Kredit gewährt haben, weil sie erklärten, daß in Deutschland jeden Moment eine Revolution ausbrechen könnte. Und die wissens, Herr Pierre, die sind gut informiert.“

„Ja, wenn es soweit kommen würde, erhielten wir ja überhaupt keine Reparationen?“

„Passen Sie nun auf, was mir der hohe Herr sagte, das ist noch schlimmer, sehr schlimm. In Polen sieht es sehr schlecht aus. Der Finanzstrach steht vor der Tür. Pilsudski, der polnische Herrgott, wird bald dem Despoten Korfanty weichen müssen. Es wird zu Unruhen kommen, wenn das Volk kein billiges Brot bekommt und in der polnischen Armee kriselt es auch schon. Und in Ungarn ist es noch schlechter bestellt. Von Oesterreich wollen wir lieber schweigen, die warten nur auf den Anstoß. Der ganze Osten ist vor dem Abgrund. Irgendwo wird bald der Würfel fallen. Die Kommunisten schüren überall, die sind eigentlich schuld an allem, weil sie das Volk und die Arbeiter aufstacheln gegen ihre Arbeitgeber. Es sieht sehr schlimm aus, Herr Pierre. Sehr schlimm.“

„Ja, ja!“ nickte betrübt Herr Pierre. Aber plötzlich ein froher Lichtstrahl, ein Schluck, um den Aerger zu würgen und dann: „Aber Gottlob haben wir in Frankreich eine gute Armee. Wir können uns schützen gegen solche Sachen.“

„Ich bezweifle es stark, denn bei uns kriselt es auch stark, meinte der hohe Herr. Die Schulden werden immer größer, die Arbeiter unzufrieden, die ...“

„Herr Michel, halten Sie ein, Sie sind ein Pessimist, ein Defaitist.“

„Vielleicht, Herr Pierre. Aber ich wollte, ich brauchte keiner zu sein, denn glauben Sie mir, ich habe alles aus guter Quelle. Es sieht schlimm, sehr schlimm aus.“

„Ja, ja,“ nickte Herr Butterhändler Pierre gebrochen, trank aus, zahlte und ging. —

Edelmarder

Ein Edelmarder geriet, nachdem er lange Zeit auf einem Hof viel Unheil angerichtet, endlich doch in die Falle. Als der Bauer am Morgen mit einem kräftigen Prügel auf ihn zukam, da begann der Marder jämmerlich zu flehen: „Was willst du tun, Bauer? Siehst du nicht, daß ich kein gewöhnlicher Marder, sondern ein Edelmarder bin?“ — „Eben darum!“ antwortete der Bauer und holte aus. — „Nein, laß mich leben“, jauerte der Marder, „ich will dir fortan nur dienen und Nutzen stiften; ich gebe dir mein Ehrenwort darauf!“ Dem Bauer kam das so wunderlich, daß er innehielt und sprach: „Gut, ich nehme dein Wort an“; und er ließ den Marder aus dem Eisen.

Am nächsten Morgen lagen wieder zwei Hennen mit aufgerissenem Hals im Stall. Da wachte der Bauer die dritte Nacht und schlug den Marder, als er hereinschlich. „Laß ab! Laß ab!“ wimmerte das Raubzeug. — „Hält man so Wort?“ grimmte der Bauer, „heißt das mir dienen?“ — „Gewiß!“ erwiderte der Marder, „dieses Hühnervolk frißt dir nur das edle Korn, aus dem der herrlichste Weizen sprießen könnte; es ist dieses Kornes und dieses Landes nicht wert; darum habe ich den Schädling vertilgt.“

Jetzt hatte der Bauer genug; er machte der Unterhaltung mit dem Edelmarder ein schnelles Ende.

Bildungsarbeit in Sowjet-Rußland

In Moskau ist eine neue kommunistische Universität eröffnet worden. Sie wird nach denselben Grundsätzen geleitet wie die „Universität des Ostens“, die über 600 Asiaten im kommunistischen Geist heranbildet. Die neue Universität wird bereits von 352 Studenten 13 verschiedener Nationalitäten besucht und hat sechs Abteilungen: die jüdische, lettische, litauische, deutsche, polnische und rumänische. Der Kursus dauert neun Monate. Es werden unter anderem folgende Gegenstände gelehrt: Geschichte des Materialismus, Geschichte der Revolution, Religion des Kommunismus, die Lage der russischen Sowjetrepublik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220731-11/fragment/page=0006